

SEXISMUS IM ALLTAG

Schönheitsideale und Dekonstruktion **8**

SOZIALABBAU

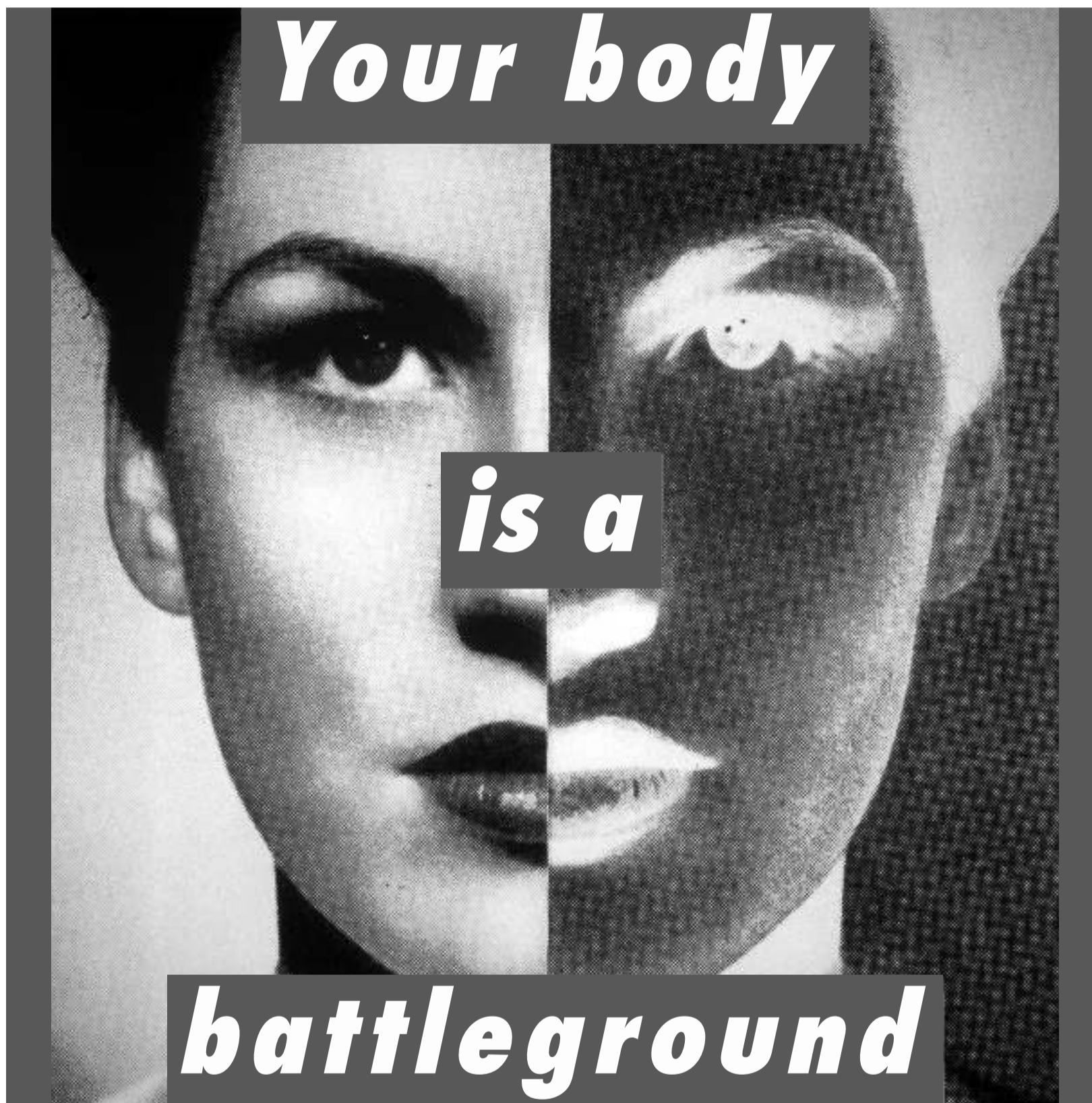
SKOS-Revision: Angriff auf Alleinerziehende **10**

PHILIPPINEN

Zwischen Volkskrieg und Verhandlungen **12**

STADTENTWICKLUNG

Reportage zu den Gammelhäusern **13**



Sie nennen es Leben, wir nennen es Arbeit

BIOÖKONOMIE Die biokapitalistische Reproduktionsindustrie entwickelt mit Meilenstiefeln stets neue Möglichkeiten menschlicher Reproduktion. Befruchtung, Schwangerschaft, Geburt und Elternschaft werden in taylorisierten arbeitsteiligen Prozessen immer weiter zerlegt. Eine neue Stufe von Verdinglichung und Entfremdung schreitet voran.

(fk) Wir stehen vor einer Erweiterung der Begriffe der Reproduktions- und Produktionsarbeit – die enormen Fortschritte der Biotechnologie haben neue Arbeitsfelder eröffnet, die in beide Bereiche greifen: Eizell- oder Uterusspende und Leihmutterschaft, Insemination, In-Vitro-Fertilisation, Intracytoplasmatische Spermieninjektion oder Präimplantations- und

Pränataldiagnostik bieten neue (Re)Produktionsmöglichkeiten. Der Wunsch von kinderlosen Paaren auf ein eigenes und gesundes Kind trifft nun auf die technischen Möglichkeiten und die Profitinteressen des Kapitals, ein solches produzieren zu lassen. Kommerzielle Medizin- und Reproduktionsunternehmen sind treibende Kräfte, damit soziale und biologische Prozesse, die als intim und privat erschienen, im Labor technisch manipulierbar sind und in die kapitalistischen Märkte einbezogen werden können. Die neuen Reproduktionsoptionen schieben die Grenzen kapitalistischer Industrie immer mehr in die Lebensproduktion hinein. Für das Kapital in der Krise, welches dringend immer neue Investitionsbereiche finden muss, ist dies eine willkommene Sphäre. Die Machtregimes der transnationalen biokapitalistischen Reproduktionsindustrie sind hochgradig verflochten und bewegen sich oft im rechtlichen

Graubereich. Es ist ein Milliardengeschäft. Offizielle Statistiken sind nicht verfügbar.

Leihmutterschaft zeigt den Graben zwischen den Klassen

1978 wurde das erste Kind nach einer Zeugung per In-Vitro-Fertilisation geboren, 2014 das erste Kind nach einer Uterustransplantation. Leihmutterschaft wird seit den 1980er Jahren praktiziert, 2016 gebar eine 70-jährige Inderin per Eizellspende und In-Vitro-Fertilisation als älteste Mutter ein Kind. Die neuen Möglichkeiten scheinen das natürliche Diktat der eingeschränkten biologischen Reproduktionsmöglichkeiten von Frauen aufzuheben.

In der Schweiz wird ab 1. September 2017 das revidierte Fortpflanzungsmedizinengesetz, welches eine weitgehende Präimplantationsdiagnostik (PID) zulässt, umgesetzt.

Fortsetzung auf Seite 7

POLITISCHE GEFANGENE

Griechenland: Solidarität mit dem Revolutionären Kampf

2012 ging Pola Roupa kurz vor der Bekanntgabe des Urteils im politischen Prozess gegen den Revolutionären Kampf zusammen mit Nikos Maziotis und ihrem gemeinsamen Sohn, Viktor Lambros, in die Illegalität und entzog sich so dem Zugriff der Justiz. Beide wurden ein Jahr später in Abwesenheit wegen militanten Aktionen der anarchistischen Organisation zu rund 50 Jahren Knast verurteilt. Nachdem im April 2014 eine Autobombe vor dem Hauptsitz der Nationalbank Griechenlands, der zugleich Sitz der Vertretung des Internationalen Währungsfonds ist, explodierte und der Revolutionäre Kampf sich in einer langen Erklärung dazu bekannte, wurde Nikos im Sommer 2014 nach einer Schiesserei in Athen verhaftet. Im Februar 2016 organisierte Pola einen Ausbruchversuch aus dem Gefängnis Koridallos mit dem Ziel, Nikos und politische Gefangene anderer bewaffneter Strukturen zu befreien. Die Operation scheiterte nur am Widerstand des Helikopterpiloten, welcher bewaffnet war und die Entführung des Helikopters verhinderte.



Anfang Januar 2017 wurden nun Pola und Constantina Athanasopoulos in Athen festgenommen. Bei ihnen war Viktor Lambros, der mittlerweile sechs Jahre alt ist. Die Justizbehörden versuchten ihn als Druckmittel einzusetzen, indem sie ihn in die psychiatrische Abteilung eines Kinderspitals platzierten und ihm jeden Kontakt mit Verwandten untersagten. Die drei Mitglieder des Revolutionären Kampf – Pola, Nikos und Constantina – begannen daraufhin einen Hunger- und Durststreik. Erst drei Tage nach den Verhaftungen konnte das Kind dann zur Grossmutter, worauf die drei GenossInnen ihren Streik beendeten.

Aktuell findet in Griechenland der Berufungsprozess zur «ersten Phase» des Revolutionären Kampf statt, welcher sich auf die Aktionen bezieht, die zwischen 2003 und 2012 stattfanden. Mehrere Texte des Revolutionären Kampf gibt es auf dem Blog der Roten Hilfe Schweiz, ein längeres Videointerview ist unter https://youtu.be/x_fPr787H4Y abrufbar (auf Deutsch).



Aufbau  **Vertrieb**
An- und Verkauf proletarischer und kommunistischer Literatur

BASEL Bläsiring 86 Öffnungszeiten auf Anfrage E-Mail: basel@aufbau.org	ZÜRICH Kanonengasse 35 (im Hinterhaus, Eisentreppe) Samstags von 12 bis 17 Uhr
--	--

ZENTREN DES REVOLUTIONÄREN AUFBAU

Zentrum vom Revolutionären Aufbau Basel

Bläsiring 86 (Parterre) in Basel
Öffnungszeiten auf Anfrage
E-Mail: basel@aufbau.org

Kontakt Revolutionärer Aufbau Winterthur

Grenzstrasse 38 in Winterthur
winterthur@aufbau.org

Zentrum vom Revolutionären Aufbau Zürich

Meinrad-Lienerstrasse 15 in Zürich
im Aufbau-Vertrieb an der Kanonengasse 35 (Hinterhaus)
jeden Samstag von 12 bis 17 Uhr

IMPRESSUM

Herausgeberinnen

Revolutionärer Aufbau Zürich, Postfach 8663, 8036 Zürich
Revolutionärer Aufbau Basel, basel@aufbau.org
Revolutionärer Aufbau Winterthur, winterthur@aufbau.org

Redaktion (red)

Revolutionärer Aufbau Basel (rabs), Revolutionärer Aufbau Bern (rab),
Revolutionärer Aufbau Winterthur (raw), Gruppe politischer Widerstand Zürich
(gpw), Gruppe Arbeitskampf Zürich (az), Arbeitsgruppe Antifa Basel (agafbs),
Arbeitsgruppe Antifa Zürich (agafz), Arbeitsgruppe Klassenkampf Basel (agkkbs),
Arbeitsgruppe Klassenkampf Zürich (agkkz), Arbeitskreis ArbeiterInnenkämpfe (akak),
Arbeitskreis Frauenkampf (akfk), Frauen-Arbeitsgruppe (agf), Frauenkollektiv (fk)
Rote Hilfe International (rhi), Arbeitsgruppe Jugend Zürich (agj)

Redaktion und Vertrieb Schweiz

aufbau, Postfach 8663, 8036 Zürich, PC-Konto 80-33638-5
Internet: www.aufbau.org, E-Mail: info@aufbau.org



Revolutionäre Anti-WEF-Demo in Bern 2017

Editorial

Der Frauenkörper wird seit sehr Langem als Ausbeutungs- und Schlachtfeld der Herrschenden missbraucht. Heute ist er Ziel kapitalistischer Verwertbarkeit und steht im Fokus reaktionärer Kräfte. Ersteres zeigt sich vor allem durch die neuen Reproduktionstechnologien und dem Aufschwung der damit verbundenen Absatzmärkte für die KapitalistInnen. Zweiteres wird sichtbar durch religiöse und antifeministische Stimmen gegen selbstbestimmte und legale Abtreibungen, welche in verschiedenen Ländern immer lauter werden.

Während einerseits wohlhabenden Eltern bei Unfruchtbarkeit mittels Biotechnologie und Leihmutterchaft der Wunsch nach einem eigenen Kind erfüllt wird, wird andererseits mit verschärften Abtreibungsgesetzen versucht, die Selbstbestimmung proletarischer Frauen über ihre Körper zu beschneiden. Wie wir bereits berichteten, wurde letztes Jahr in Polen versucht, ein Gesetz durchzuboxen, welches das ohnehin restriktive Abtreibungsverbot noch einmal verschärfen sollte. Aufgrund von landesweitem Widerstand konnte das Gesetz schliesslich nicht verabschiedet werden. Die Forderungen nach Abtreibungsverboten kommen aber nicht nur aus Polen, sondern finden sich auch in vielen anderen Ländern.

Der Frauenkörper als Kampfplatz zeigte sich auch in einem Gesetzesvorstoss in der Türkei Ende 2016, als die nationalkonservative AKP unter Erdogans Führung Vergewaltigungen von jungen Mädchen straflos machen wollte, sofern die Täter ihre minderjährigen Opfer heiraten. Die aktuelle Entwicklung in den USA, wo der neue Präsident offen frauenverachtende und misogynen Statements von sich gibt («grab them by the pussy») und sexualisierte Gewalt legitimiert, ist ein weiteres Beispiel.

Frauen und ihre Körper sind Ziel kapitalistischer Investoren. Gleichzeitig sollen patriarchale, ideologische Vorstellungen zementieren, welche Rolle Frauen einzunehmen haben und wie wir uns in Gesellschaft und Öffentlichkeit zu verhalten haben. Dass dies alles internationalen Widerstand provoziert – trotz der anhaltenden reaktionären Phase – folgt der Gesetzmässigkeit von Klassen- und Frauenkämpfen, solange kapitalistische Ausbeutung und patriarchale Strukturen existieren.

Für neue Leserinnen und Leser

Der aufbau ist die dreimonatlich erscheinende Zeitung des Revolutionären Aufbaus Schweiz. Sie schafft Öffentlichkeit für soziale Bewegungen, gibt Orientierung gegen die herrschenden Ideologien, ist internationalistisch und berichtet partiell aus den Bereichen Widerstand, Arbeitskämpfe, Frauenkampf, Migration, Antifaschismus, proletarischer Internationalismus, politische Gefangene, Aufstandsbekämpfung und Rote Hilfe.

Der aufbau will zu einer Stärkung linker Antworten beitragen auf die Widersprüche des gegenwärtigen Kapitalismus, auf weltweit wachsende Klassenwidersprüche, auf menschenfeindliche neoliberale Ideologie, auf Ressourcenknappheit und einen Aufschwung imperialistischer Kriege. Zu diesem Zweck zitiert der aufbau u.a. Karl Marx, gemäss dem die kapitalistische «Gesellschaft kein fester Kristall (ist), sondern ein umwandlungsfähiger und beständig im Prozess der Umwandlung begriffener Organismus». In diesen Umwandlungsprozess gilt es revolutionär einzugreifen zugunsten einer sozialistischen, perspektivisch kommunistischen Gesellschaft.

Auf deine kritische Meinung und aktive Beteiligung sind wir angewiesen. Schreib uns!

Iss wie ein/e NeandertalerIn

ESSEN Ernährungstrends werden oft mit der vererbten genetischen Anpassung an Nahrungsmittel begründet. Das sind rückwärtsge wandte Hirngespinnste.

(agj) In den reichen Ländern der Welt ist die Ernährung wieder ein Problem. Es geht dabei nicht darum, dass was fehlt, denn von Kalorien, Proteinen und was es sonst fürs Überleben und Wohlbefinden braucht haben wir grundsätzlich genug. Es geht auch nicht darum, dass zu viele Menschen dennoch von diesem Überfluss ausgeschlossen bleiben. Problematisiert wird nicht ob man was zu essen hat, sondern wie man das am besten tut.

In den vergangenen Jahren sind unzählige Ernährungstrends entstanden, welche je nach Ausrichtung mehr Leistungsfähigkeit, mehr Wohlbefinden, mehr Spiritualität oder mehr ökologisches Bewusstsein versprechen. Oder gleich alles kombiniert. Manche Ernährungsweisen formulieren einen herrschaftskritischen oder ethischen Anspruch, während die meisten auf individuelle Bedürfnisse ausgerichtet sind. Dabei gehen die Meinungen, was gut für den menschlichen Körper ist, diametral auseinander. Manche schwören auf Low-Carb und Steinzeitdiät (viel Gemüse und Fleisch), während andere durch High-Carb (viele Kohlenhydrate, also Getreide, Teigwaren, Brot) ihr Schönheitsideal erreichen und ihre Leistungsfähigkeit erhöhen wollen.

So unterschiedlich die Empfehlungen der Diäten, so ähnlich sind ihre Begründungen. Man argumentiert historisch und bezieht sich auf die Abstammung des Menschen. Wer auf eine High-Carb-Diät setzt, spricht viel davon, dass die Menschen seit der Einführung der Landwirtschaft vor allem kohlenhydratreiche Nahrung zu sich genommen haben. Dadurch hätten sich die Menschen an diese Nahrung angepasst. Es scheint nur folgerichtig und gesund, sich entsprechend zu ernähren.

Doch auch die SteinzeitdiätlerInnen wissen die Geschichte für sich zu nutzen. Der menschliche Körper sei auf eine kohlenhydratarme Kost ausgerichtet, da der Mensch in der Zeit vor der Landwirtschaft als Jäger und Sammler unterwegs war. Damals gab es vor allem Fleisch und wildes Gemüse. Wer gesund sein will, soll sich also ernähren wie vor zehntausend Jahren.

Wissenschaftlichkeit oder Hirngespinnste?

Derartige Begründungen für Diäten sind aus mehreren Gründen fraglich und bedienen sich einer Ideologie, die ins Reaktionäre führt. Es ist gar verkürzt, die Gesundheit nur auf die Ernährung zurückzuführen. Die Lebensumstände haben sich so grundsätzlich gewandelt, dass man nur auf Irrwege gelangen kann, wenn man die Ernährung von heute mit derjenigen vor ein-, zwei- oder zehntausend Jahren vergleichen will ohne andere Faktoren zu berücksichtigen. Es ist schon enorm schwierig, die Annahme aufrecht zu erhalten, dass die Menschen heute an die Bedingungen vor hunderten von Jahren angepasst seien. Diese Annahme wird unbewiesen oft wiederholt, weil sie mit einer Ahnung von Adaptation und genetischer Vererbung vereinbar ist. Aber eben nur mit einer Ahnung davon. Diese Ahnung lehnt sich an jene Sprüche an, die man zu vermeintlich vererbten Eigenschaften oft hört. Zum Beispiel wird schnell von jemandem behauptet, eine Charaktereigenschaft oder ein Verhalten liege in seinen oder ihren Genen. Die platte Argumentation «so sind Frauen eben» oder «er ist halt ein Mann» kennen wir. Sogar soziale Beziehungen sollen von fernen Vorfahren vererbt worden sein! Damit wird den Menschen abgesprochen, sich selbständig zu entwickeln und unabhängig zu entscheiden sowie durch die Gesellschaft beeinflusst zu sein.

Mehrere Missverständnisse der Genetik und der Evolutionstheorie führen zu solchen Vorstellungen. Erstens wird davon ausgegangen, dass ein Wesen von seiner vererbten DNA bestimmt wird. Doch obwohl die DNA als Erbsubstanz immer wieder überhöht und sehr mechanistisch wirkend dargestellt wird, ist es ein Zusammenspiel zwischen äusseren Einflüssen und vererbten Merkmalen, das ein Individuum ausmacht. Zu welchen Anteilen ein Individuum genetisch bestimmt ist und zu welchen durch die Umwelt, wurde bis jetzt nie klar untersucht. Dies ist nicht erstaunlich, da es fast unmöglich ist, die Mechanismen voneinander zu trennen. Dennoch kann niemand ernsthaft behaupten, dass nur die Gene bestimmend sind.

Sprüche wie «es liegt in seiner Natur» und «es ist wegen ihren Genen» werden unreflektiert wiedergegeben. Sie offenbaren oftmals sexistische oder rassi-

stische Impulse. Menschen als unveränderbar durch ihre «Natur» oder ihre «Gene» bestimmt darzustellen, ist zudem oft ein Argument für die Unmöglichkeit eines anderen Systems als des Kapitalismus («Es wäre zwar schön, aber der Mensch ist einfach so und nicht anders.»).

Zweitens wird von einer Statik ausgegangen, der auch der bekannteste Begründer der evolutionstheorie, Charles Darwin, widersprechen würde. Warum sollte heute noch gültig sein, was vor zehntausend Jahren stimmte? In der Darwin'schen Evolutionstheorie geht es gerade darum, dass sich Merkmale von Populationen (Gruppen von Individuen) durch Auslese verändern und sich so an äussere Veränderungen anpassen. Die Evolution ist ein widersprüchlicher und dialektischer Prozess, teilweise geprägt von Zufällen, die kaum voraussehbar sind. Aber die Evolution muss nicht über Jahrtausende oder Jahrmillionen wirken, um nachweisbar zu sein. Bei Tieren und Pflanzen gibt es Beispiele, wo Evolutionsprozesse in wenigen Generationen dokumentiert werden konnten. Bei manchen Pflanzen lassen sich derartige generationenübergreifende Vergleiche innert wenigen Jahren vollziehen. Es macht also keinen Sinn, die Menschen heute als Produkt der Situation vor tausenden von Jahren zu denken und dabei all die Jahre dazwischen zu ignorieren.

Wenn man in gesellschaftlichen Zusammenhängen von Evolution spricht, befindet man sich schnell in sozialdarwinistischen Ideen. Unsere Gesellschaften sind aber viel zu komplex organisiert, um einfache evolutive Konzepte anzuwenden, die bestenfalls für Populationen von Tieren und Pflanzen gelten. Zudem gründen sich sozialdarwinistische Ideen auf verschiedenen Missverständnissen der Evolutionstheorie. Zum Beispiel heisst Evolution nicht, dass der Stärkste oder die Dominanteste im Rennen der Evolution gewinnt. Die Fitness im «Survival of the fittest» hat nichts mit Fitnessstudio und brachialer Kraft zu tun. Je nach Umwelt kann die höchste Fitness für ein Tier zum Beispiel auch bedeuten, klein, schwach und ängstlich zu sein.

«Nature versus nurture»

In den Naturwissenschaften wird über die Frage gestritten, zu welchen Teilen Lebewesen genetisch determiniert sind und wie gross der Einfluss der Umwelt auf die Entwicklung von Individuen ist. Diese Debatte wird auf Englisch die «nature versus nurture» Debatte genannt und stammt aus der «modern synthesis», bei welcher Mitte des 20. Jahrhunderts die Evolutionstheorie mit den neuen Erkenntnissen der Genetik (das heisst vor allem die Entdeckung der DNA) vereint wurden. Die meisten Forscher der «modern synthesis» waren und sind von der Entdeckung der DNA nach wie vor begeistert. Viele nehmen an, dass die Vererbung mittels DNA-Code der wichtigste Mechanismus der Evolution ist.

Die Darwin'sche Evolutionstheorie passt gut mit der Vererbung des DNA-Codes überein. In dieser Evolutionstheorie passiert die Evolution durch natürliche Auslese, in der Individuen mit vorteilhaften Genkombinationen bessere Überlebenschancen und mehr Nachkommen haben. Die mit der DNA vererbten Merkmale können also in der Lebenszeit eines Individuums nicht beeinflusst werden. (Was wie weiter oben beschrieben aber nicht heisst, dass die Merkmale genetisch determiniert sind. Die Umwelt spielt dennoch eine grosse Rolle in der Entwicklung und im Verhalten.) Veränderungen der DNA gibt es zwar, die sind aber zufällig und ungerichtet und die natürliche Auslese zeigt erst nach mehreren Generationen, welche der Mutationen sich in einer Population halten können. In der Darwin'schen Theorie haben die Lebensumstände eines Individuums keinen direkten Einfluss auf das Erbgut.

Seit einigen Jahren wird an der Allgemeingültigkeit der Darwin'schen Evolutionslehre gerüttelt. Verschiedene Studien zeigen, dass die lange verschriene Lamarck'sche Vererbung durchaus auch wichtig ist. Diese Theorie geht davon aus, dass auch Merkmale, die während der Lebenszeit erworben werden, vererbt werden können. Die Vererbung über Generationen findet nicht ausschliesslich via DNA statt.



Lust auf ein Dinner-Date mit Ötzi, der vor fünftausend Jahren gelebt hat?

Vorherrschende Theorien in den Naturwissenschaften widerspiegeln selbstverständlich gesellschaftliche Situationen. Trotz aller Objektivität lässt sich nicht leugnen, dass die Forschung durch die Umstände geprägt wird, in der sie stattfindet. Die Entwicklungen in der Debatte darüber, ob die Menschen sich verändern können und wenn ja, durch welche Prozesse, sind politisch interessant. Ausgehend von Ernährungstrends und den verschiedenen Theorien, die vorgebracht werden, um diese zu legitimieren, lässt sich aufzeigen, dass hinter vielen Diättheorien letztlich konservative bis hin zu reaktionären Positionen stecken.

In einer kommenden Ausgabe des aufbau wird es einen Artikel zur Lamarck'schen Vererbung und zu Vererbungstheorien in der Sowjetunion geben.

In eigener Sache

In dieser Zeitungs Ausgabe findet ihr einige Arbeiten von Barbara Kruger (*1945). Sie ist eine US-amerikanische Künstlerin, Aktivistin und Feministin. Ihre Collagen gestaltet sie aus Bildern, die sie in Magazinen und Werbungen findet. Durch ihre Aneignung und die Neu-Kontextualisierung dieser Ästhetik formuliert sie eine Kritik an Massenmedien und dem damit einhergehenden Körperideal. In ihren Arbeiten beschäftigt sie sich hauptsächlich mit der sozialen/kulturellen Konstruktion von Macht, Sexualität und Identität. Das Poster «your body is a battle ground» (Titelbild) hatte sie 1989 für den Women's March in Washington konzipiert.



Im Bild

Freddy Gray wurde von US-Polizisten getötet. Er erlitt einen Genickbruch während er in Polizeigewahrsam war und starb am 19. April 2015. Unmittelbar nach der Nachricht seines Todes gingen in Baltimore Tausende gegen die rassistische Polizeigewalt auf die Strasse. In den folgenden Tagen nahmen die Proteste eine zunehmend militante Wendung. Die Polizei wurde angegriffen. Jugendliche tanzten triumphierend auf dem Dach von Polizeiautos. Am nächsten Tag fuhr die National Guard in Baltimore auf: 5000 Soldaten, gepanzerte Fahrzeuge und Sturmgewehre sollten Baltimore wieder zur Ruhe bringen. Für mehrere Tage wurde nachts eine Ausgangssperre verhängt.

Beschwörungsformeln gegen Gespenster

WEF Die TeilnehmerInnen am World Economic Forum erkennen Probleme – taugliche Lösungen gibt es nicht.

(gpw) Das World Economic Forum 2017 in Davos ist Geschichte. Die TeilnehmerInnen haben sich wieder in alle Winde zerstreut. Die ProtagonistInnen der Diskussionsrunden verstanden sich mehrheitlich als VerfechterInnen einer globalisierten Wirtschaft und sprachen sich, das Gespenst Trump und Co. im Nacken, gegen Protektionismus und Nationalismus aus. Der chinesische Präsident Xi Jinping versprach, die globalen Probleme, inklusive Klimawandel und wirtschaftliche Wachstumsschwäche, derart anzugehen, dass alle Menschen davon profitieren könnten. Die britische Premierministerin Theresa May legte ein Globalisierungsbekenntnis ab und appellierte an ihre HörerInnen, nicht zu vergessen, dass die erste Verantwortung darin liege, dem Volk zu dienen. Selbst der stellvertretende Premierminister der Türkei, Mehmet Simsek, stellte sich gegen den Protektionismus in den Dienst des «inclusive growth», das heisst, eines Wachstums, welches sich nicht nur am Bruttoinlandsprodukt (BIP) misst, sondern weitere Werte einschliesst, wie die Verminderung von Einkommensungleichheiten, die Erhöhung des Lebensstandards, sowie Verbesserungen bei der sozialen Sicherheit, der Bildung und den Wettbewerbschancen. Diese Werte werden im «Inclusive Development Index (IDI)» zusammengefasst, welcher sich gemäss dem im Januar 2017 publizierten «Inclusive growth and Development Report 2017» bei knapp 51 Prozent der er-

fassten 103 Ländern verschlechtert hat. Wenn weniger als 10 % der globalen Konzerne über 80% des global erwirtschafteten Profits einstreichen, meinte sogar Sunil Bharti Mittal, Vorsitzender der Bharti Enterprises, Indien, dass gewisse Dinge wohl falsch gelaufen seien.

Was die antikapitalistische Linke längstens weiss, ist nun auch beim WEF ein Thema: Die unteren Klassen profitieren nicht vom Wirtschaftswachstum. Diese Entwicklung wird sich mit der Digitalisierung der globalen Gesellschaft weiter zuspitzen, wenn die menschliche Arbeitskraft immer mehr durch Maschinen ersetzt und die Profiteure weiter unter Druck geraten wird. Da helfen Beschwörungsformeln für eine «einbindende Entwicklung» wenig.

Top Trends 2017

Es verwundert nicht, dass im Global Risks Report 2017 des WEF als Top-Trends für das Jahr 2017 die Einkommensungleichheiten, die soziale Polarisierung, sowie der Klimawandel aufgeführt werden. Damit die Globalisierung zu einer fairen, innovativen und offenen Welt führe sei ein Strukturwandel nötig, so Klaus Schwab. Deutschlands Finanzminister Wolfgang Schäuble plädiert für eine Vergrösserung des Freihandels. Margareta Drzeniek-Hanouz, die Verantwortliche des WEF für die Untergruppe «globale Wettbewerbsfähigkeit und Risiken», wünscht sich die Überwindung politischer und ideologischer Differenzen, um gemeinsam an der Lösung der Probleme zu arbeiten. Der Exekutiv-Vorsitzende von Hitachi, Japan, Hiroaki Nakamishi, sieht in der Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Politik die Lösung, während die Milliardärin Meg

Whitman, Präsidentin von Hewlett Packard, USA, und Co-Vorsitzende des WEF, festhält, die Lösung sei eine neue Sprache, welche die Hoffnung der Menschen, die wirtschaftlich abgeschnitten worden seien, wieder herstelle.

Eine Beruhigung, Fehlanzeige

Ob sich die von der Globalisierung nicht profitierenden Klassen von einer neuen Sprache und Bekenntnissen zur Zusammenarbeit beruhigen lassen und in Ungnade gefallene PolitikerInnen wieder wählen werden, ist fraglich. Wenn der türkische Vizepremierminister eine Verminderung der Einkommensungleichheiten und eine Erhöhung des Lebensstandards propagiert, kann dies bereits mit Blick auf die Situation der KurdInnen nicht ernst gemeint sein. Eine Vergrösserung des Freihandels hat keinen Einfluss auf einen Einkommenserhöhung der unteren Klassen. Er mag die Vertriebskosten betreffender Unternehmen senken und diesen einen kurz- bis mittelfristigen Vorteil verschaffen, wie sich am Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und China zeigt. Hat sich die Kostensenkung erst einmal global durchgesetzt, fällt dieser Nutzen dahin. Gesamtgesellschaftlich gesehen wäre die erhoffte Ausweitung des Marktes, beispielsweise in Asien, wesentlich, da das Kapital dringend neue Investitionsmöglichkeiten sucht. Aber auch die in Davos versammelten Milliardäre und Konzernchefs glauben kaum an ihr Gerede vom «inkluisiven Wachstum». Die eisernen Gesetze des Kapitalismus werden sie weiterhin zu Massenentlassungen und Restrukturierungen zwingen.

#antifarally 1.2.2017-18.3.2017

Widerstand sichtbar machen!

Rechte tweets, Demontage des Sozialstaates oder fortgeschrittene Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse sind keine zufälligen Krisenerscheinungen, sondern bereits Ergebnis einer nach rechts gerückten Politik.

Davon lassen wir uns nicht beeindrucken und Widerstand dagegen wird an vielen Orten geführt. Wir wollen mit der #antifarally einen Raum schaffen, um diesen Widerstand sichtbar zu machen. Und wir wollen dich motivieren, einen eigenen Beitrag hinzuzufügen.

Klicke auf das Bild für den vollständigen Aufruf und der Anleitung zum mitmachen. Teile die Links auf Facebook und Instagram:

https://www.facebook.com/Antifarally-400833413590680/?ref=page_internal

<https://www.instagram.com/antifarally/>

Antifaschistische Aktion Zürich



«Für kämpfende Frauen verändert sich das Leben sehr direkt»

FRAUENBIOGRAPHIE 2016 hatten wir die Gelegenheit, ein Gespräch mit Silvia Baraldini, Revolutionärin und Frauenkämpferin, zu führen. Zusammen mit Paola Staccioni, Autorin des Buches «Sebben' che siamo donne» (Obwohl wir Frauen sind), befand sie sich auf einer Rundreise durch Europa. Wir wollten von ihr wissen, welche Ziele ihre Organisationen hatten, welches die wichtigsten Etappen waren und wie sie es geschafft hat, 20 Jahre Knast zu überstehen.

(fk) Als Kind italienischer Einwanderer in den USA startete Silvia Baraldini ihr politisches Leben 1965. Der Krieg in Vietnam war ein grosses und wichtiges Thema. Silvia studierte an der Universität in Wisconsin-Madison und begann, sich an der studentischen Antikriegsbewegung zu beteiligen. Das «Komitee zur Beendigung des Krieges» wurde zur dominierenden Organisation und hatte enge Beziehungen mit der Kommunistischen Partei der Vereinigten Staaten. Ein Teil der Bewegung kritisierte jedoch deren Positionen. Es sollte nicht allein darum gehen, gegen den Krieg zu sein, sondern auch eine pro-vietnamesische Position zu beziehen und den militärisch-industriellen Komplex in den USA zu kritisieren. So kam es zur Spaltung und zur Gründung der «Students for a Democratic Society», kurz SDS, die zur führenden Anti-Kriegs-Organisation auf dem Universitätscampus wurde.

Entwicklung innerer Widersprüche

Während des Vietnamkriegs und der damit verbundenen Widerstandsbewegung an der Universität kam es 1969 ebenfalls zur Erhebung der schwarzen StudentInnen. Von 32.000 Studierenden waren damals lediglich rund 400 schwarz. Diese Bewegung führte innerhalb des SDS zu grossen Auseinandersetzungen und viele Fragen standen im Raum: Warum war die Führung der Bewegung weiss? Warum wurden andere Bewegungen und der afrikanisch-amerikanische Kampf in der Geschichte der USA nicht erkannt? Warum wurde das Selbstbestimmungsrecht der Völker anerkannt, aber nicht der Völker in den USA – also Afro-AmerikanerInnen, Puerto-RicanerInnen, MexikanerInnen und indigene AmerikanerInnen?

Ein weiterer Widerspruch zeigte sich innerhalb des SDS betreffend der Frauenfrage. Es gab den Widerspruch, dass Frauen zwar die ganze Arbeit machten, politisch aber kaum Einfluss hatten. So konzentrierten sich die Frauen anfangs darauf, die zwischenmenschlichen Beziehungen zwischen Frau und Mann in der Organisation zu untersuchen und das Innere der Organisation der Kritik zu unterwerfen. Es ging darum, Frauen Anerkennung zu verschaffen und die Situation dahingehend zu verändern, dass Frauenpositionen nicht länger ignoriert werden konnten. So wurde ein Frauenausschuss im SDS gebildet, politische Positionen vorgelegt und interne Abläufe der Organisation kritisiert. Der zweite Schritt war die Festlegung der neuen Frauenpositionen der Organisation, die Frauenfrage sollte fortan ein wichtiger Punkt im politischen Programm sein. Wenn über den Krieg zu Hause geredet werden sollte, so musste auch die Frauenfrage thematisiert werden.

Solidarisierung mit der schwarzen Bewegung

Der Sieg des Vietcong, die weltweite 68er-Bewegung, die Besetzungen der Unis, die Gründung der Black Panther Party, u.a. haben die Positionen verändert und die revolutionäre Bewegung in den USA vorwärts gestossen. Dies rief das «Counter-Insurgency Program» (Aufstandsbekämpfungsprogramm) auf den Plan, worauf es einen Aufruf zur Einheit gegen die Repression gab. Als die Black Panther Party von Chicago Fred Anthony an die Uni Wisconsin delegierte, um für die Panthers zu agitieren und den SDS um Unterstützung anzugehen, wurde Silvia Baraldini zur Verbündeten der Schwarzen Bewegung.

Bald schon kam es innerhalb des SDS zu einer Spaltung aufgrund politischer Differenzen. Durch den Vietnamkrieg politisiert, entstand die Forderung, den Krieg nach Hause zu tragen. Silvia Baraldini konnte sich aber weder mit der Position der «Revolutionären Bewegung 1» (woraus die Weathermen entstanden), welche für den Aufbau einer klandestinen Struktur waren, noch mit der Position der «Revolutionären Bewegung 2», welche sich auf die Fabriken und die ArbeiterInnen konzentrierten wollten, um den Krieg zu Hause zu führen, identifizieren. So entschied sie sich, den Kampf für die Verteidigung der verhafteten Panthers aufzunehmen und zog nach New York, um in einem Komitee zur Unterstützung der politischen Gefangenen zu arbeiten.



Demonstration in Italien für die Rückführung Silvia Baraldinis aus dem Knast in den USA nach Italien



Solidaritätsveranstaltung 2011 mit Silvia Baraldini für die Freilassung der damals in den USA noch inhaftierten «Cuban five»

Politische Arbeit in New York

In den 1970er Jahren wurde in New York eine Institution mit dem Namen «Frauenschool» gegründet. Jeden Abend kamen etwa 300 Frauen, um zu studieren und arbeiten: Ideologie, Geschichte, praktische Dinge wie Autos reparieren, Selbstverteidigung. Auch da gab es verschiedene Ansichten: die einen wollten sich nur noch mit Frauenfragen befassen, die anderen sahen den Frauenkampf nur in Zusammenhang mit anderen antiimperialistischen Befreiungskämpfen. Der Widerspruch wurde antagonistisch, als die Weathermen ihren Text «Präriefeuer» veröffentlichten. Silvia und andere Genossinnen hatten den Anspruch, den Text zu diskutieren, was nicht von allen geteilt wurde. Aus der Debatte entstand die kommunistische Organisation «19. Mai» – der 19. Mai war der Geburtstag von Malcolm X und Ho Chi Minh –, in der Silvia aktiv war und die bis etwa 1985 existierte. Im klandestinen Teil der Organisation waren 90 Prozent der Mitglieder Frauen, in der legalen Organisation waren ebenfalls nur 20 bis 25 Prozent Männer. Für Silvia war dies Ausdruck davon, dass Frauen, einmal im Kampf involviert, sehr direkt Veränderungen in ihrem Leben erfahren.

Ein Fehler der Organisation war, die klandestine Arbeit nicht von der offenen Organisation zu trennen. Als die Repression zunahm, war das Ergebnis verheerend. Die Regierung verklagte den «19. Mai» als klandestine Organisation und als kriminelle Vereinigung. Gegen Silvia Baraldini gab es zwei Anschuldigungen: Verschwörung und Mitglied einer Verschwörung. Für beides kassierte sie je 20 Jahre Haft. Die erste Verurteilung betraf die Befreiung von Assata Shakur, die zweite Verurteilung bezog sich auf einen Überfall auf einen Geldtransporter, der tatsächlich nie stattgefunden hat. Handfeste Beweise lagen keine vor – es genügte, dass ein Mitglied der Organisation zum Verräter wurde und Aussagen machte. Aufgrund seiner Aussagen wurden 20 GenossInnen verurteilt, drei davon sind noch heute im Knast.

Überleben im Knast

Silvia Baraldini sass fast 18 Jahre in den USA im Knast, mit unterschiedlichen Haftbedingungen. Die härteste Zeit verbrachte sie in einer speziellen unterirdischen Versuchseinheit mit Susan Rosenberg, ebenfalls Mitglied des «19. Mai», und Alejandrina Torres, Genos-

sin aus der puertoricanischen sozialistischen Unabhängigkeitsbewegung. Breiter Widerstand gegen die Gefängnisse und die speziellen Haftabteilungen bewirkten, dass Silvia nach zwei Jahren in eine Hochsicherheitsabteilung verlegt wurde, wo sie auch Kontakt zu sozialen Gefangenen haben konnte. In den USA kämpften die politischen Gefangenen – anders als in Europa – immer dafür, mit den sozialen Gefangenen zusammen gelegt zu werden, da dies erträglichere Haftbedingungen ermöglichte. Silvia konnte als erste Gefangene 1994 in die allgemeine Abteilung wechseln und dort als Lehrerin für Afro-Amerikanische Geschichte arbeiten. Mit der grossen Solidaritätsbewegung draussen kämpfte Silvia dafür, nach Italien verlegt zu werden, was 1999 auch gelang und wo sie noch zwei Jahre Knast und fünf Jahre Hausarrest absitzen musste.

Das Leben draussen

Für Silvia wurde im Gefängnis klar, dass sie sich – einmal wieder draussen – nicht mehr organisieren möchte. Nicht, weil sie es falsch findet. Ihre Entscheidung, unorganisiert politisch aktiv zu sein, ist eine subjektive Entscheidung. Sie arbeitet heute in Solidarität mit oder für Organisationen oder revolutionäre Projekte.

In Italien gibt es viele regionale politische Initiativen. Silvias Meinung nach fehlt jedoch eine Verallgemeinerung der Kämpfe, um die Erkenntnisse für die Rekonstruktion eines anderen Typus von linker Organisation zu nutzen und eine revolutionäre Perspektive zu entwickeln. Dies müsse zuerst wieder aufgebaut werden und sei ein schwieriges und langfristiges Projekt. Dabei könne es nicht um intellektuelle ideologische Diskussionen gehen, sondern um reale praktische Kämpfe. Das Erbe der Niederlagen, welche vor allem der Transformation der Kommunistischen Partei Italien in eine reformistische Partei geschuldet sind, wirke immer noch schwer auf den revolutionären Bewegungen. Viele kleine linke Organisationen wirken oft innerhalb des Systems um ein Stückchen Macht. Darum könne es nicht gehen.

Silvia Baraldini denkt, dass es sicherlich Organisationen in Italien gibt, die sich diese Dinge überlegen, aber da sie selbst nicht organisiert sei, habe sie nicht genügend Innenansicht, um eine Analyse über den Stand der heutigen revolutionären Bewegung zu machen.

«Leihmutterchaft zeigt, dass das Private höchst politisch ist»

INTERVIEW Warum müssen wir uns mit Reproduktionstechnologie auseinandersetzen und welche Auswirkungen hat sie? Christa Wichterich – Publizistin, Entwicklungssoziologin, Geschlechterforscherin, Universitätsdozentin, Aktivistin und einiges mehr – spricht über das neue Aktionsfeld des Kapitalismus und die Situation der Leihmütter in Indien.

fk: Christa, du bist seit Jahrzehnten in der feministischen, linken Bewegung aktiv und Expertin in Sachen Frauenarbeiten und dem Verhältnis Süd-Nord. In deinem Artikel zu Leihmutterchaft in Indien redest du von einer transnationalen Neukonfiguration von Reproduktion. Kannst du uns erklären, was du damit meinst?

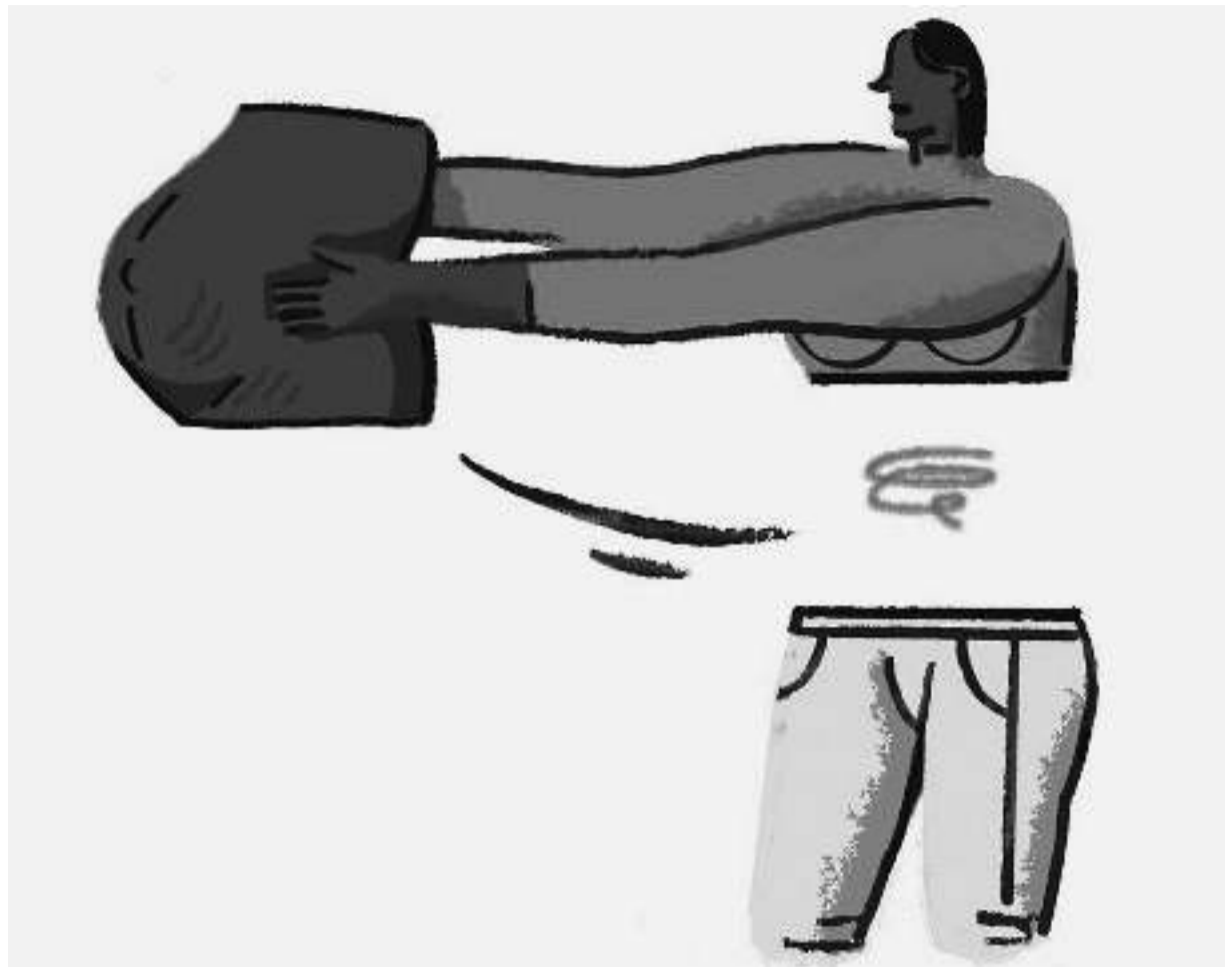
Christa Wichterich: Seit der Geburt des ersten «Retortenbabys» 1978 wurden komplexe unternehmerische Netzwerke und Märkte aufgebaut. Die reproduktiven Leistungen werden dort angeboten, wo die Verfahren legal und die Arbeitskräfte billig sind. Diese Märkte werden ständig verlagert, weil Verfahren aus ethischen Gründen irgendwo verboten oder aber zugelassen werden. Entsprechend hat sich in den vergangenen Jahrzehnten ein Reproduktionstourismus entwickelt, welcher der Erzählung hinterherläuft: Kinder, und zwar eigene gesunde Kinder sind «machbar», die Technologie und das medizinische Wissen sind verfügbar, Zugang mit günstigen Preisen gibt es in Osteuropa und im globalen Süden. Wenn ein schwules Paar aus Israel einen Embryo mit ihrem eigenen Samen und Eizellen einer US-amerikanischen «Spenderin» von einer indischen Leihmutter austragen lässt, können wir das eine neue transnationale Form von Reproduktion nennen, und zwar marktförmig organisiert.

fk: Warum ist es wichtig, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen?

CW: Es geht einmal darum, wie wir leben wollen. Wollen wir mit Kindern leben? Wollen wir eigene Kinder haben? Zum anderen muss sich jede Gesellschaft reproduzieren und dazu braucht sie Nachwuchs, jede Wirtschaft braucht frische Arbeitskräfte. Jeder Staat überlegt sich, mit welcher Politik er demographisch steuern kann, so dass die BürgerInnen mehr oder weniger Kinder bekommen. Der globale Norden meint in kolonialer Manier, die Menschen im Süden, vor allem die Armen, würden zu viele Kinder bekommen und das sei eine Bedrohung für uns. Das erleben wir in Europa gerade mit dem rassistisch aufgeladenen Diskurs einer «Überfremdung». Gleichzeitig werden gut qualifizierte Menschen aufgefordert, Kinder zu bekommen, und Anreize, wie das Elterngeld, sind einkommens- und klassenspezifisch. Das Thema ist ein klares Beispiel dafür, dass das Private höchst politisch ist.

fk: Welche Auswirkungen haben die neuen Reproduktionstechnologien auf Frauenarbeiten, auf Frauenleben?

CW: Ich habe mich mit der Figur der Leihmutter beschäftigt, die das genetische Kind anderer – meist Menschen aus einer höheren Klasse oder einem wohlhabenderen Land – austrägt und zur Welt bringt. Es wird per Vertrag geregelt, wie viel sie dafür gezahlt bekommt. Es ist im wahrsten Sinne des Wortes körperliche Arbeit, Arbeit des Körpers, es ist Produktion und Reproduktion in einem. Es ist emotionale Arbeit, denn die Frauen sollen keine emotionale Bindung an den Fötus entwickeln, weil er sofort nach der Geburt den Bestelleltern gegeben wird. Sie müssen sich also ständig abgrenzen gegen das lebendige Wesen, das in ihnen wächst. Es ist riskante Arbeit, wegen der häufigen Hormon- und Medikamentengabe; sogenannte «überflüssige» oder genetisch «abnorme» Embryos werden abgetrieben. Die Frauen und ihre Körper stehen unter ständiger medizinischer Kontrolle. Es ist temporäre und prekäre Arbeit, weil der Vertrag keine soziale Sicherheit oder Versicherung vorsieht. Im Fall einer Fehl- oder Totgeburt gehen die Frauen in der Regel leer aus. Trotzdem: sie machen das, weil sie damit einen Batzen Geld verdienen können, um sich – z.B. in Russland – eine Wohnung kaufen zu können oder in Indien alte Schulden abzutragen, eine Riksha zu kaufen, mit welcher der Mann Geld verdienen kann oder den Kindern eine Ausbildung zu ermöglichen. Jedenfalls sind die verdienten 5000 Euro äquivalent zum achtfachen Jahresverdienst eines saisonalen Landarbeiters.



Taylorisierte, arbeitsteilige Prozesse in der Bioökonomie treiben Verdinglichung und Entfremdung weiter voran

fk: Wie ist die Situation heute in Indien, nachdem die Regierung Ende letzten Jahres Leihmutterchaft verboten hat?

CW: Ab Mai 2017 soll nur «altruistische» Leihmutterchaft für indische StaatsbürgerInnen im Verwandtschaftskreis erlaubt sein als technisch-soziale Lösung im Fall von Unfruchtbarkeit. Das Verbot treibt Leihmütter in die Illegalität, in mobile Arrangements und in eine noch grössere Rechtlosigkeit. Umgehend drohten die Reproduktionsunternehmen mit steigenden Preisen und gingen in den Untergrund; indische Klinken und Vermittlungsagenturen bauten Zweigstellen in Kambodscha auf. Ende 2016 verkündete jedoch auch Kambodscha ein vorläufiges Verbot. Die Geschäftemacher werden sich immer neue Länder zum Profit machen suchen. Als 2013 in Indien Leihmutterchaft für Schwule verboten wurde, wurden indische Leihmütter nach Nepal transferiert.

fk: Der Bereich ist ein neues Investitionsfeld für das Kapital. Welche Unternehmen in welchen Ländern profitieren auf welche Weise von diesem Markt?

CW: Ich will das am Beispiel Indiens erläutern. Der reprodizinisch-industrielle Komplex besteht aus lokalen und transnationalen Vermittlungsagenturen, Märkten für Körperstoffe und -teile wie Eizellen, Sperma, Nabelschnurblut, Stammzellen usw., Logistikunternehmen, die diese in Kältekettens transportieren, Kliniken mit Reproduktionstechnologien, Pharmakonzern – marktführend ist der Darmstädter Konzern Merck – liefern Medikamente und Hormone, angeschlossenen sind die Tourismusindustrie mit Reisen, Unterkünften und Sightseeing für die Bestelleltern, Rechtsanwaltskanzleien, die bezüglich der Ausstellung von Geburts- und Adoptionsurkunden, Staatsbürgerschaft und Reisedokumenten beraten, und AgentInnen, die lokal neue Leihmütter rekrutieren. Die Expansion des indischen Marktes führte zu mehr Konkurrenz und zunehmender Informalisierung, beispielsweise mit Rikschafahrern als Vermittlern. Zum Zweck der Verwertung findet transnational Ressourcen- und Sorge-Extraktivismus statt, d.h. Bioressourcen und die lebendige Körper- und Sorgearbeit der Frauen werden durch die Bioökonomie vernutzt.

fk: Was bedeutet das?

CW: Bei jeder Schwangerschaft und Geburt wird Sorgearbeit geleistet. Die Leihmütter werden aufgefordert, Sorge zu tragen, dass in ihrem Körper ein gesundes Kind aufwächst. Weil dies aber ausgelagerte Arbeit ist, ist dies aus Nord-Süd- und aus einer Klassen- und Hautfarbenperspektive Extraktion von Sorgearbeit armer schwarzer Frauen im globalen Süden. Die Körper der Frauen sind auf den globalen Märkten eine Ressource, die warenförmig in Dienst genommen wird für

die Reproduktion im globalen Norden und die imperiale Lebensweise der globalen Konsumschichten.

fk: Du sprichst von aufgesplitterten Arbeitsprozessen, die eine neue Verdinglichung und Entfremdung bewirken und in ihrer ganzen Widersprüchlichkeit allenfalls polarisierend wirken könnten. Gibt es in den feministischen Bewegungen Debatten zu diesen Fragen? Könnte sich in diesem Bereich ein Mobilisierungspotenzial entwickeln?

CW: Nach dem Verbot gingen sofort Bilder von Leihmüttern durch die Medien, die dagegen protestierten, dass armen Frauen diese gute Verdienstmöglichkeit entzogen wird. Ansonsten haben Leihmütter sich nicht organisiert. Allerdings habe ich gehört, dass einzelne bei der zweiten oder dritten Leihmutterchaft angefangen haben, den Preis zu verhandeln. In Bangalore haben einige Frauen überlegt, ob sie das Ganze genossenschaftlich organisieren können.

Sowohl in der indischen Öffentlichkeit als auch unter indischen Feministinnen sind Leihmutterchaft und das Verbot heftig umstritten. Technologiekritische Feministinnen begrüßten das Verbot, Forscherinnen, die sich mit der leihmütterlichen Arbeit und den Frauen als Handlungssubjekten beschäftigt haben, kritisieren es aus der Perspektive von Frauen- und Arbeitsrechten, obwohl auch sie gegen die Kommerzialisierung von Reproduktion und des weiblichen Körpers sind. Das Unbehagen mit dem Verbot kommerzieller Leihmutterchaft beruht auf dem offensichtlichen Interesse der Regierungspartei nicht etwa an Frauenrechten, sondern an ihrer hindu-identitären, anti-emanzipatorisch-moralischen Profilierung nach innen und nach aussen. Alternative Einkommensmöglichkeiten wurden ihnen nicht angeboten, andere ausbeuterische Arbeitsverhältnisse wurden nicht verboten.

fk: Ist es denkbar, dass Teile dieser Reproduktionstechnologien positive Aspekte beinhalten, würden sie ausserhalb von Ausbeutungsverhältnissen und patriarchalen Strukturen stattfinden?

CW: Viele hoffen aus einer Queer-Perspektive darauf, dass sie die Technik selbstbestimmt einsetzen und damit die heteronormative Ordnung aufbrechen oder unterlaufen können. Aus feministischer Sicht steht die Selbstbestimmung über den eigenen Körper im Zentrum. Was dem zugrunde liegt, ist die sehr grundsätzliche Frage: in wie weit wollen wir unsere eigene Natur beherrschen und umkrempeln. In Zeiten von Transsexualität müssen wir uns fragen, wann finden wir massive Eingriffe in die Natur von Körpern emanzipatorisch, wann nicht. Was und wo sind die Grenzen? Zumal die meisten dieser Medizintechnologien und Reproduktionsunternehmen als Teil des kapitalistischen Systems fungieren.

Fortsetzung von Seite 1

PID ist eine Form von vorgeburtlicher Diagnostik und wird bei der künstlichen Befruchtung angewendet. Die befruchtete Eizelle wird, bevor sie in den Körper der Frau eingepflanzt wird, untersucht. Dies ermöglicht, den Embryo auf erbliche Veranlagungen, aber auch auf genetische und chromosomale Veränderungen zu testen. Aufgrund des Ergebnisses werden gewisse Embryonen verworfen und für gut befundene für den Transfer in den Mutterleib ausgewählt.

Seit den 1990-er Jahren lassen sich Eizellen konservieren, der Kinderwunsch kann so für später aufgehoben werden. Die Frau muss sich dafür einer Hormonstimulation unterziehen, bevor ihr operativ die zuvor stimulierten Eizellen entnommen werden. Die als «social freezing» bekannte Prozedur ist schmerzhaft und aufwendig, die nötigen Medikamente haben starke Nebenwirkungen. Der Begriff kommt daher, dass dabei vor allem gut ausgebildete Frauen der Industrienationen im Fokus stehen, die ihren Kinderwunsch zugunsten anderer Interessen, etwa beruflicher Art, auf das Ende ihrer fruchtbaren Jahre verschieben können. Teilweise werden die Kosten für eine Behandlung sogar von Firmen, bei denen die Frauen angestellt sind, übernommen, z.B. bei Apple oder Facebook.

Doch nicht nur Berufsfrauen sind die Zielgruppe von Eizellfarmen: Jungen, vornehmlich weissen Studentinnen an Elite-Universitäten, wird die bezahlte Eizellspende als ideale Verdienstmöglichkeit vorgeschlagen. Auf der ideologisch-moralischen Ebene wird die Spende altruistisch als «Geschenk» an eine unfruchtbare Frau hochstilisiert. Die Industrien wenden sich auch zunehmend den unregulierten globalen Märkten zu, auf denen Frauen aus der ehemaligen Sowjetunion, China, Südafrika u.a. ihre Eizellen günstig zum Kauf anbieten.

Theoretisch könnten einige dieser technischen Entwicklungen teilweise sinnvoll oder positiv genutzt werden oder allenfalls mehr Selbstbestimmung für Frauen bedeuten. Doch verhält es sich hier wie bei den meisten technischen Neuerungen: solange sie für den Kapitalismus entwickelt und genutzt werden, sind sie an Profitmaximierung auf der einen Seite und Ausbeutung auf der anderen Seite geknüpft. Das sogenannte «Recht auf ein eigenes, gesundes Kind» ist an die bürgerliche Ideologie der isolierten Kleinfamilie gebunden, an traditionelle Werte mit der altbekannten geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung sowie dem Graben zwischen Süd und Nord. Die Möglichkeiten sind ungleich verteilt, armen proletarischen Frauen oder Paaren, ob hier oder dort, sind diese Möglichkeiten nicht zugänglich. Bei der Leihmutterchaft läuft die Zulieferung der notwendigen Ressourcen ausnahmslos von den armen zu den reichen Ländern und/oder von den proletarischen zu den bürgerlichen Klassen. So gingen von ca. 25.000 Babys (2014), die von indischen Leihmüttern produziert wurden, etwa die Hälfte an Kundschaft aus dem Westen. Grundsätzlich zielen wir als KommunistInnen ohnehin in eine andere Richtung: eine Welt, in der die kollektive Elternschaft organisiert wird, in denen Bluts- oder Genbande eine Nebenrolle spielen und jenen Kindern Fürsorge gegeben wird, die bereits auf der Welt sind und diese benötigen.

Zwischen Ausbeutung und Selbstermächtigung

Leihmutterchaft bedeutet das Austragen eines Kindes, das per In-Vitro-Fertilisation mit eigenen oder gespendeten Eizellen und Samen gezeugt wurde, durch eine biologisch weibliche Drittperson. Diese Methode wird kontroverser diskutiert. Die meisten Staaten verbieten die Leihmutterchaft, insbesondere in ihrer kommerziellen, nicht altruistischen Form. In der EU ist sie in 15 der 28 Mitgliedstaaten verboten (Stand: 2014): in Bulgarien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Italien, Island, Lettland, Litauen, Österreich, Portugal, Schweden, Slowenien und Ungarn. Auch in der Schweiz ist sie verboten. Spanien und Norwegen untersagen die Leih-



mutterchaft auf ihren Staatsgebieten, dulden jedoch Leihmutterchaften im Ausland. Auch in Indien wurde 2016 ein Verbot ausgesprochen, nachdem hier seit 2002 ein reproduktiver Markt geblüht hatte. Die Kliniken sind weiter nach Kambodscha und Nepal gezogen, denn die Nachfrage ist trotz den ethischen Vorbehalten ungebrochen.

Dieses Arbeitsverhältnis wird vertraglich festgehalten, die Leihmutter erhält für ihre Arbeit eine Entlohnung. Während der Schwangerschaft muss sie sich regelmässigen medizinischen Untersuchungen unterziehen, die letzten Monate wohnt sie oft zusammen mit anderen Leihmüttern in Zentren, wo sie auch das Kind gebärt – das anschliessend von den Auftraggebenden adoptiert wird. Jedoch akzeptiert nicht jede Nation diese Adoption, wenn im Herkunftsland der Auftraggebenden die Leihmutterchaft gesetzlich verboten ist. So kann es vorkommen, dass das Kind aus dem Land der Leihmutter nicht ausreisen kann. Auf der Geburtsurkunde sind aber die Auftraggebenden als Eltern aufgeführt, das Kind ist daher auch nicht BürgerIn des Heimatlandes der Leihmutter. Diese kafkaeske Situation ist oft schwer aufzulösen und bedeutet auch, dass die Leihmütter selbst schlechter geschützt sind.

Leihmütter sind vorwiegend Frauen aus den untersten sozialen Schichten. Sie tun es meist, um ihren eigenen Kindern ein besseres Leben zu ermöglichen, um die Schule zu bezahlen oder ein Dach über dem Kopf zu kaufen. Für die neunmonatige Arbeit bekommt eine indische Leihmutter zwischen 2000 und 6000 US-Dollar, je nach Prestige der Klinik und Vermittlungsgagenturen und je nach Kaste/sozialer Klasse der Frau. In der Ukraine verdient eine Leihmutter ab 10.000 Euro, das Baby kostet die Auftragseltern 30.000–50.000 Euro, womit sich ein Netz von Kliniken wie beispielsweise BioTexCom, eine goldene Nase verdienen. In den USA kostet ein Designerbaby nach Bauplan mit einer Eizelle von einer schönen und schlauen Studentin der renommierten Columbia University und von einer Leihmutter ausgetragen bei CT Fertility 140.000 US-Dollar.

Die Frauen erleben diese Arbeit unterschiedlich. Meist werden sie von ihren Familien für das erzielte Einkommen respektiert, andere werden stigmatisiert, ähnlich wie die Sexarbeiterinnen. Deshalb verstecken einige Frauen diese Arbeit vor ihrem sozialen Umfeld. Die Frauen stehen in einer widersprüchlichen Situation: einerseits sind sie einem Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnis unterworfen, andererseits gibt ihnen die Möglichkeit dieser Wahl ein Stück Eigenmächtigkeit, etwas Unabhängigkeit und eigenes Geld.

Gegen die Kommerzialisierung unseres Lebens

In dem äusserst widersprüchlichen Themenkomplex über die damit verbundenen ethischen Fragen oder dem «Recht auf ein eigenes Kind» kann man sich leicht verfahren. Wir möchten uns darauf konzentrieren, die Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnisse darin zu analysieren. Diese menschlichen Reproduktionstechniken sind Arbeiten, welche ausschliesslich von Frauen ausgeführt werden. Wir wollen aufdecken, wie der weibliche Körper als Produktionsstätte vom Kapital vereinnahmt wird. Hier verschwimmen die Grenzen zwischen Leben und Arbeit. Die immer weitere Vereinnahmung unserer Körper durch das Kapital erzeugt eine neue Entfremdung zwischen Produzentinnen (Leihmüttern) und Produkt (Baby), vermittelt durch die warenförmig angebotene und bezahlte körperliche Dienstleistung der proletarischen Frauen. Es gilt, uns in diesem Bereich Kenntnisse und Bewusstsein anzueignen und die fortschreitende Kommerzialisierung unseres Körpers und unseres Lebens, die zugespitzte Verdinglichung selbst unserer intimsten Beziehungen zu bekämpfen.

Quellen: Christa Wichterich: Indische Leihmütter und die transnationale Neukonfiguration von Reproduktion; Kitchen Politics – Queerfeministische Interventionen.

KOMMENTAR

Verschleierung

Die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung war schon immer zentrales Thema im proletarischen Frauenkampf. Die unbezahlte Reproduktionsarbeit der Frauen ist einer der Grundpfeiler des Kapitalismus, denn sie produziert die Arbeitskraft, welche auf dem Arbeitsmarkt ausgebeutet wird. In patriarchalen Strukturen sind es die Frauen, welche gratis kochen, putzen, pflegen und Windeln wechseln. So ist die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung eine der Ursachen von Frauenunterdrückung. Um das Ganze zu verschleiern, wird immer wieder auf ideologisch-moralische Argumente zurückgegriffen: Die Frauenarbeit besitze immer eine Komponente Liebe und Altruismus, wodurch es nur legitim sei, sie schlecht oder gar nicht zu entlohnen.

Aktuell erleben wir einen gewaltigen Schub in der Entwicklung von Reproduktionstechnologien. Damit wird die biologische Reproduktion immer mehr und direkter in die Kapitalakkumulation einbezogen. Am Beispiel der Ammen wird zwar deutlich, dass die Reichen seit Langem andere anstellen, um auch die biologische Reproduktionsarbeit für sie zu erledigen. Aber der Handel mit Fruchtbarkeitstechnologien, Eizellen und Leihmutterchaft öffnet eine neue Dimension. Der Uterus selber wird zur Produktionsstätte. Um zu beurteilen, ob neue Technologien nun dem Wohl der Menschen dienen oder nicht, muss primär festgehalten werden, dass sie im Kapitalismus immer den Profitinteressen zu dienen haben. Von diesem Gesichtspunkt aus müssen sie auch analysiert und kritisiert werden. Erst dann lässt sich eine ethische Diskussion um neue Technologien führen.

In der Analyse zeigen sich die Widersprüchlichkeiten der marktförmig organisierten Reproduktionsarbeit. Einerseits weitet sich in einem globalen Rahmen die Ausbeutung aus. Jeder Lebensbereich wird den Zwangsgesetzen des Kapitals unterworfen und der Sorgearbeits-Sektor ausgeweitet, während der Sozialstaat weggespart wird. Besonders migrantische Frauen werden in diesem Bereich ausgebeutet, was wiederum dem Süden Sorgearbeit entzieht. Es zeigen sich aber auch Chancen für den Widerstand, denn bezahlte Lohnarbeiten ermöglichen uns Frauen mehr ökonomische Unabhängigkeit und die Kämpfe können vermehrt kollektiv geführt werden.

Es gilt, die bürgerlich-moralische Heuchelei zu entlarven und ihre Profitinteressen dahinter aufzudecken. Denn durch die moralische Ideologisierung wird versucht, Frauenunterdrückung und -ausbeutung zu zementieren. Sorgearbeit wird nicht nur aus Liebe erledigt, Leihmütter und Eizellspenderinnen arbeiten nicht aus Altruismus oder um Leben zu schenken. In den vorgefundenen Verhältnissen sucht eine jede ihre bestmöglichen Existenzbedingungen zu gestalten. Die Frauen, die Reproduktionsarbeit leisten, sind primär Arbeiterinnen und Subjekte. Es gilt, unsere Arbeitsbedingungen zu verbessern und dieser Arbeit ideell und materiell mehr Wert zu geben. Es gilt, alle Möglichkeiten für mehr Selbstbestimmung zu stärken und bereichsübergreifende Frauen- und Klassensolidarität zu entwickeln. (fk)

Reproduktionsarbeit

Ursprünglich entstand der Begriff «Reproduktionsarbeit» in der marxistischen Ökonomie und bezeichnet die Reproduktion der Arbeitskraft für die kapitalistische Produktion. Reproduktionsarbeit beinhaltet Tätigkeiten, die ausserhalb der unmittelbaren Produktionssphäre liegen, insbesondere die Wiederherstellung und Aufrechterhaltung der Arbeitskraft, sowohl auf individueller als auch auf gesellschaftlicher Ebene. Als reproduktive Tätigkeiten gelten insbesondere Kinderbetreuung, -versorgung und -erziehung sowie Haus- und Familienarbeit – Arbeiten, die traditionell den Frauen zugeschrieben werden und zum grossen Teil unbezahlt verrichtet werden. Der Begriff spiegelt in dieser Bedeutung eine realhistorische Entwicklung, nämlich die zunehmende räumliche und zeitliche Trennung zwischen Arbeit/Produktion und Privatsphäre/Reproduktion mit dem Aufkommen der Industriegesellschaft, vor allem des Fordismus.

Trouble mit Gender Trouble?

ALLTAG Die Dekonstruktion der Geschlechter hat vieles aufgezeigt und vorgebracht. Als politische Praxis hingegen ist sie unzureichend, da die objektiven gesellschaftlichen und ökonomischen Zwänge darin unbeachtet bleiben.

(*raw*) Sexismus ist ein Bestandteil patriarchaler Herrschaft und in der kapitalistischen Gesellschaft überpräsent: Sexismus ist Teil des Alltags. Dieser zeigt sich in der Verbreitung der nach wie vor massiven geschlechtsspezifischen Lohnunterschieden oder der omnipräsenten sexualisierten Gewalt. Der Sexismus wohnt jedoch auch Strukturen, Dingen und Aktivitäten inne, die wir auf den ersten Blick als ganz normaler Alltag und primär nicht als sexistisch begreifen. Fernab von einem offensichtlichen Sexismus, wie ihn beispielsweise Trump zelebriert und welcher (zu Recht!) Aufschrei um Aufschrei hervorruft, sind es genauso alltägliche Dinge, welche durch die Reduktion von Menschen auf ihr Geschlecht Erwartungen bezüglich des Frau- oder Mann-Seins produzieren. Hierbei gilt es nochmals zu betonen, dass das Frappante dabei ist, dass Ideen von Geschlechterunterschieden etabliert werden, welche schliesslich den Entwicklungen wie der Lohnungleichheit zwischen Frau und Mann den Weg ebnen. Dabei stören wir Frauen uns nicht nur an solchen harten Tatsachen, sondern an allen geschlechtsspezifischen Implikationen. Der Zwang von jungen Jahren bis ins Alter als Frau so und so sein zu müssen, hat dabei einen dermassen alltäglichen Charakter, dass grosse Teile der Frauen ein sexistisches Funktionieren von Alltag als normal wahrnehmen. Gerade der Kampf für die Einhaltung von Idealen zur äusserlichen Erscheinung ist dabei besonders zu betonen.

Was durch den Sexismus, also durch die Reduktion von Menschen auf ihr Geschlecht, produziert wird, sind Geschlechterrollen. Ein Rahmen, welcher gesellschaftlich vorgibt, wie sich eine Frau zu verhalten, anzuziehen oder zu sprechen hat. Der Rollendruck, der dabei entsteht, betrifft auch Männer. Doch der feine Unterschied liegt darin, dass die Rollenerwartungen an Frau und Mann nicht gleich sind. Das ist das Problem: Dass wir in unserer Gesellschaft Ansprüche und gewisse Werte formulieren, kann ganz ok sein. Doch wenn wir sie für Frau und Mann nicht nur anders sondern auch ungleich definieren, wird es unfair. Diese patriarchale Ungleichheit äussert sich insbesondere darin, dass die Normen, mit welchen wir Frauen uns konfrontieren müssen, mit quasi unlösbaren Widersprüchen gespickt sind. Wir Frauen können nie das Richtige tun: Die Rolle der Frau als Aushängeschild, Accessoire oder Mitagentin steht der Rolle als politisch Organisierte und beruflich Versierte entgegen. Die Komplikation dabei ist, dass beide Rollen als fehlerhaft oder mangelhaft markiert werden. Kümmern wir uns, wie erwartet, zu offensichtlich um unsere äussere Erscheinung, sind wir oberflächlich. Sind wir schüchtern oder nachdenklich, werden wir als Huschelis abgestempelt. Erheben wir die Stimme, sind wir laut und unanständig. Nehmen wir uns, was wir wollen, übergehen wir die Gefühle anderer. Organisieren wir uns, sind wir im besten Fall noch grusige Emanzen. Der aufkeimende Anti-Feminismus, welcher starke Frauen vor allem als hässlich, in diesem Sinne als «unweiblich» diffamiert und den politischen Forderungen des Feminismus die Relevanz abspricht, zeigt, wie massiv die patriarchale Gesellschaftsordnung bedroht wird, wenn Frauen kämpfen.

Die Befreiung der Geschlechter(rollen)

Eine Lösung für das Problem der ungleichen Geschlechterzuschreibung wäre, sich der Geschlechterrollen zu entledigen und so den Kampf für die Gleichheit zwischen Mann und Frau zu führen. Judith Butler zeigt in ihrem vielzitierten Buch *Gender Trouble* (1990) einen solchen Ansatz. Ihre Grundthese ist, dass nicht nur gender, sondern auch das vermeintlich «natürliche» biologische Geschlecht (sex) sozial konstituiert wird. Sie betont, dass mit dem Argument der «biologischen Natürlichkeit» immer wieder versucht wird, herrschende patriarchale Verhältnisse zu festigen. Die «natürlichen» Geschlechterrollen von Frau und Mann gilt es demnach umzudeuten, indem betont wird, dass diese eben nicht natürlich und daher formbar seien. Kein Geschlecht sei richtig oder falsch, sondern immer sozial hervorgebracht, also als richtig oder falsch markiert. Abweichende Geschlechtsidentität wird demnach mit Strafmassnahmen verbunden, was heisst, dass unsere Suche nach einer adäquaten Rolle als Frau oder Mann auch als Teil einer Überlebensstrategie gesehen werden kann. An diesem Punkt setzt Butler an und fordert für die Dekonstruktion der vorherrschenden, von Zwang behafteten Geschlechterrollen eine Subversion dieser. Butler spricht sich also für die Unterwanderung der Geschlechterrollen aus und schlägt vor, dass dem Zwang Frau oder Mann zu sein mit Geschlechterparodie entgegnet wird. Die Parodie er-



laube es, durch den Verlust von Geschlechterrollen das Feld für neue, andere Identitäten zu öffnen. Sie möchte mit der Geschlechterparodie ein Klima schaffen, in dem es auch ok ist, wenn ein Heteromann mit rot lackierten Fingernägeln rumläuft. Die Idee der Geschlechterparodie sieht Butler als Strategie, die Geschlechterrollen umzudeuten und den geschlechtsspezifischen Zwang zu eliminieren. Denn die Geschlechterzuweisungen und somit die Geschlechterungleichheit seien eben nicht natürlich, sondern willkürlich, was das Mittel der Parodie auf besondere Weise sichtbar mache.

Die Wirkung der Parodie als Teil politischer Praxis im Frauenkampf ist beschränkt. Zwar zeigt diese Form der Subversion der Geschlechter die Möglichkeit, die Unnatürlichkeit unserer Geschlechterrollen und der Geschlechterungleichheit zu enttarnen, doch sie bietet keine politische Lösung. Dies, weil die Idee der

Subversion der Geschlechterrollen, der «gender trouble», die objektiven Rahmenbedingungen keineswegs mitdenkt. Butler etabliert die Geschlechterrollen als etwas, das quasi aus dem nichts hergestellt und durch Subversion wieder überschrieben werden kann und nicht mit der äusseren Umwelt korrespondiert. Gesellschaftliche, politische und ökonomische Analysen finden in ihrer Überlegung zur Geschlechtersubversion keinen Eingang. Dabei ist es zentral, die Mechanismen des Kapitalismus und die Folgen auf die Bedingungen menschlicher Umwelt mitzudenken. Dass das Sein das Bewusstsein mitbestimmt, wie Marx einst notierte, hat auch im Bezug auf die Herstellung von Geschlechterrollen und den damit verschränkten Sexismus eine grosse Berechtigung: Unsere Rollen als Frau oder Mann sind nicht frei gestaltbar, sondern unterliegen bestimmten strukturellen Bedingungen. Dass sich eine Frau beispielsweise im Spannungsfeld zwischen Beruf und Mutterschaft gefangen sieht, ist nicht, weil sie auf individueller Ebene versagt, sondern weil der Widerspruch zwischen Reproduktion und Produktion dies mit sich bringt.

Genau hieraus ergibt sich eine Kritik an Butlers poststrukturalistischer Intervention. Die Geschlechterrollen neu zu schreiben, wenn dies denn möglich wäre, ist keine Praxis, welche in irgendeiner Form das Spannungsfeld, wie es der Kapitalismus für die verschiedenen Geschlechter produziert, angreift. Vielmehr dienen die flexibilisierten Geschlechterrollen, wie sie Butler vorschlägt, dazu, die Spannung zwischen den Erfordernissen der Güterproduktion und derjenigen der sozialen Produktion zu dämpfen. Oder anders formuliert: Der Widerspruch des Kapitalismus zwischen Reproduktion und Produktion wird durch ein flexibles Verhältnis zum eigenen Geschlecht abgedeutet, dies insbesondere von Frauen. Im Kapitalismus wird profitiert, wenn wir Frauen mehr sind als nur das Weib am Herd. Der Geschlechtersegregation besteht demnach darin, dass es vermehrt Frauen sind, welche diesem Druck durch mehrfache Rollenerwartungen ausgesetzt sind und eine Doppelbelastung durch Arbeit und Familie tragen müssen. Dabei wird suggeriert, gerade auch durch das Konzept von Gender Trouble, dass das Nicht-Bestehen der verschiedenen Rollen ein individuelles Problem sei und nicht ein strukturelles. Dass die poststrukturalistische Genderdebatte die objektiven Bedingungen nicht mitdenkt, lässt in der Folge die strukturellen Schwierigkeiten, wie sie der Kapitalismus bezüglich der Geschlechterverhältnisse etabliert, als Effekt des eigenen Rollenhaltens erscheinen. Die historisch entstandene Arbeitsteilung wird also zu einer Frage von Geschlechtsidentitäten interpretiert. Dies hat zur Folge, dass Frauen ein strukturelles Missverhältnis gar nicht als objektives Problem betrachten, für dessen Veränderung es sich zu kämpfen lohnt, sondern der Stress durch Doppelbelastung und Rollendruck wird als individuelles Unvermögen gewertet.

Revolutionäre Perspektiven gegen Sexismus und Geschlechternorm

Die Idee der Subversion der Geschlechterrollen ist auf breite Anerkennung gestossen, weil sie politische Veränderung auf einer einfach zugänglichen Ebene formuliert: Bei dem eigenen Geschlecht und in der eigenen Geschlechteridentität. Sicherlich ist es notwendig, dass wir Bewusstsein darüber schaffen, wieso und wie wir uns als ein gewisses Geschlecht begreifen, welche Wünsche und Bedürfnisse damit verbunden sind und welchen Zwang dies potentiell auf uns ausübt. Doch ist es eine Illusion, die Ungleichheit der Geschlechter alleinig damit bekämpfen zu wollen. Denn die Wurzeln des Patriarchats liegen nicht in einer «gender role», sondern in der Struktur einer kapitalistischen Gesellschaft, welche Reproduktionsarbeit zur privaten Angelegenheit erklärt. Der zentrale Punkt der Befreiung der Geschlechter liegt hier: In der Kollektivierung der Reproduktionsarbeit. Wir können uns noch so viel Mühe geben, Beispiele des sexistischen Alltags anzugreifen und unsere Energie auf die Ablehnung geschlechtsspezifischer Mechanismen zu verwenden; solange wir die Bedingungen der Gesellschaft nicht ändern, ist es ein Kampf ins Leere. Es ergibt sich hierin jedoch eine revolutionäre Perspektive, wenn in Geschlechterfragen einen Fokus auf die Bedingungen der Herstellung von Geschlechterrollen gesetzt wird, sprich der Kampf gegen den Kapitalismus geführt wird. Wir können uns noch so lange abmühen, die Ungleichheit der Geschlechter aufzuheben, indem wir Konzepte über egalitäre Liebe, Elternschaft, Arbeitsteilung heiss reden, wenn es schliesslich die äusseren Bedingungen sind, welche darüber mitbestimmen, ob unsere Modelle funktionieren. Deshalb bedeutet Frauenkampf eben Klassenkampf. Dabei gilt es, im Kollektiv die Organisation gegen Sexismus und Patriarchat voranzutreiben. Den Kampf gegen die Barbarei des Kapitalismus führen wir gemeinsam – unabhängig davon, welchem Dresscode wir folgen.

Feminismus trifft Pop

POPFEMINISMUS In den letzten Jahren lässt sich beobachten, wie junge Frauen speziell online ein neugewonnenes Selbstbewusstsein proklamieren. An ihrer Seite stehen Sängerinnen und Schauspielerinnen, die sich stolz als Feministinnen definieren. Es ist ein widersprüchliches Phänomen.

(agj) Der Popfeminismus geht um. Bekannte Frauen aus der Popkultur bekennen sich zum Feminismus, sie feiern ihre Identität als Frau und vermitteln ein Bild der Stärke. Sie schiessen dazu aus allen Kanonen, nutzen ihre Kanäle der virtuellen Medien und erreichen via Snapchat, Instagram oder Twitter Millionen Mädchen und junge Frauen. Es macht Eindruck, wenn Frauen wie Beyoncé, Lady Gaga oder Rihanna ein positives und kämpferisches Frauenbild vermitteln, welches selbstbestimmt ist. Sie können damit für viele ein erster Berührungspunkt mit frauenkämpferischen Positionen sein, die in ihrem Alltag mit sexistischen oder patriarchalen Haltungen und Handlungen konfrontiert sind. Der Popfeminismus bringt klar zum Ausdruck, dass das so nicht läuft, und stellt dem eine eigene Position entgegen.

Der Popfeminismus hat etwas Irritierendes an sich. Die Gleichzeitigkeit von Pop und Frauenkampf wirkt nicht nur widersprüchlich, sie ist es. Sinnbildlich dafür steht das abgedruckte Bild von Rihanna, welches sie online publizierte. Es zeigt sie bei einer der «Women's March» Demonstrationen in New York nach der Amtseinführung von Donald Trump. Sie posiert in einem pinken Tutu-ähnlichem Pullover mit der Aufschrift «Meine Vagina greift zurück» über den Schildern, die bei der Demo hochgehalten wurden, und kommentiert dazu «So stolz, eine Frau zu sein!». Es irritiert, dass der Star, nicht die Masse ins Zentrum gerückt wird, es irritiert, dass man sich dabei einer Ästhetik bedient, die nicht sonderlich subversiv wirkt. Immerhin: Man kann das Verdecken des eigenen Gesichts vielleicht wohlwollend als Zeichen dafür verstehen, dass der Kult um die eigene Person zumindest ein wenig abgeschwächt wird.

Mehr als nur ein Trend?

Man kann nicht sagen, dass der Einzug des Feminismus in die Popkultur wirklich neu ist, es ist eine Entwicklung, die in den vergangenen Jahren stattfand. Das ist spannend, weil die Popkultur sich als massentauglich versteht und sich von einer Kultur der Eliten abgrenzt. Auch wenn «populär» im Deutschen eine gewisse negative Konnotation mit sich bringen mag, ist beispielsweise im französischen «populaire» viel klarer jeweils mitgemeint, dass ein Phänomen von unten her geprägt wird. Man kann die Popkultur als eine Art Seismograph für gesellschaftliche Entwicklungen sehen, wobei sie zu einem gewissen Grad anecken und herrschende Werte in Frage stellen muss, wenn sie ein Ausdruck sich entwickelnder Bewegungen sein will.

Der popfeministische Blick möchte dabei kulturelle und geschlechterspezifische Rollen kritisch diskutieren und umdeuten. Zudem wird die starke Frau in den Vordergrund gesetzt und die Stimme gegen sexistische Deutungen von Geschlechterrollen erhoben. In den 1990er-Jahren gab es beispielsweise die Bewegung der



Popstar Rihanna inszeniert sich auf Instagram zusammen mit Schildern vom Womens March

Riot Grrrls, welche als Antwort auf die männerdominierte amerikanische Musikszene entstand. Heute besprechen Modemagazine von Gratiszeitungen diese Bewegung und dokumentieren ihre Zielsetzung: «Grrrl zielt darauf ab, die ungezogenen, selbstsicheren und neugierigen Zehnjährigen wieder in uns zu erwecken, die wir waren, bevor uns die Gesellschaft klarmachte, dass es Zeit sei, nicht mehr laut zu sein und Jungs zu spielen, sondern sich darauf zu konzentrieren, ein Girl zu werden, das heisst eine anständige Lady, die die Jungs später mögen würden.»

Die Popfeministinnen von heute haben dabei wohl eine markant höhere Reichweite als die Riot Grrrls, wenn sie ihre Stimme erheben und fordern, als Frauen ernst genommen zu werden. Das hat nicht zuletzt auch damit zu tun, dass der Popfeminismus zu einem grossen Teil digital stattfindet. Rihanna's Bild aus New York wurde mehr als eine Million Mal auf Instagram geliked, es gibt tausende Kommentare dazu. Es ist wiederum eine widersprüchliche Angelegenheit. Natürlich ist es eine gute Sache, dass so viele sahen, dass ein Demonstrationsbesuch gut ist. Natürlich ist es keine gute Sache, wenn diese Feststellung nur digital stattfindet und nicht durch eine entsprechende Praxis begleitet wird. Gerade die «Women's March» Demonstrationen zeigen, dass Mobilisierungen auf der Strasse um ein Vielfaches wichtiger sind als ein paar Klicks im Internet.

Es ist gut, dass derartige Positionsbezüge von Millionen von jungen Frauen wahrgenommen werden. In der

kapitalistischen Gesellschaft müssen die patriarchalen Geschlechterstereotypen aufgezeigt und entlarvt werden. Aber es bleibt ein schaler Nachgeschmack, weil der Popfeminismus oft an dieser Oberfläche stecken bleibt. Neue, alternative Rollenbilder reichen nicht, wenn die Geschlechterverhältnisse in der Gesellschaft immer noch durch Ausbeutung bestimmt sind. Eine frauenkämpferische Kritik muss einhergehen mit einer Kritik am Kapitalismus, welche ebendiese Ausbeutung der Frau nährt.

Ein zweiter notwendiger Kritikpunkt ist, dass der Popfeminismus als Teil der Popkultur immer zugleich Objekt der kapitalistischen Verwertung ist. Wenn Feminismus Trend ist, dann soll Feminismus verkauft werden. Die grossen Modehäuser überschlagen sich im Eifer, Kollektionen von Pullovern und T-Shirts auf den Markt zu bringen, die mit Frauenpower-Sprüchen garniert sind. Zwei Fliegen werden mit einer Klappe geschlagen: Man macht Profit mit dieser Bewegung und integriert und verwässert sie gleichzeitig dergestalt, dass von den subversiven Elementen wenig übrigbleibt.

Ähnlich wie beim bürgerlichen Feminismus, der danach trachtet, die Managementetagen mit mehr Frauen zu besetzen, aber wenig von antikapitalistischer Politik hält, ist es wichtig, die verschiedenen Strömungen im Popfeminismus auf ihren Inhalt hin zu untersuchen. Es gibt zweifelsohne darin subversive Ansätze, die man explizit stärken kann, wie auch solche, die wenig mit dem Frauenkampf zu tun haben.

UNVERBREITETE NACHRICHTEN

(red) Diesen Text haben wir zugespielt erhalten.

«Zürich: Angriff gegen türkisches Konsulat

Wir haben heute Nacht (vom 17.01. auf den 18.01.2017) das türkische Generalkonsulat in Zürich mit Feuerwerk angegriffen. Der Angriff reiht sich in die Serie von Angriffen gegen Vertretungen des türkischen Staats in Europa ein. Er findet mitunter darum jetzt statt, weil sich hochrangige Minister der AKP zum Besuch am World Economic Forum angemeldet haben.

Seit dem Putschversuch im Sommer 2016 hat die Kadenz der politisch relevanten Ereignisse in der Türkei nochmals markant zugenommen. Der diktatorische Anspruch der AKP wird immer mehr zur Realität. Die offene, vormals legale politische Arbeit, die sich gegen den AKP-Kurs richtet, wird zunehmend illegalisiert und repressiv verfolgt. Der Raum für diese Art Politik wird immer enger. Das ist eine Veränderung zur Situation vor dem Sommer, die man festhalten muss.

An dieser Entwicklung ist aus den Amtsstuben der imperialistischen und kapitalistischen Regie-

rungen wenig Kritik zu vernehmen. Die Gründe dafür wurden mehrfach dargelegt. Die Türkei als Tor nach Europa soll für Flüchtlinge weiter möglichst geschlossen bleiben. Die Türkei als Land für Kapitalexpert (insbesondere im Rüstungswesen) soll als Markt erhalten bleiben. Die Türkei als geo-strategisch wichtiges Land und Mitglied der NATO, welches sich zudem in den vergangenen Monaten (zusammen mit Russland und dem Iran) bezüglich Syrien wieder aufs Tapet gehievt hat, soll nicht verärgert werden.

Die Situation muss im Kontext der allgemeinen Krise des Kapitalismus verstanden werden. Es ist eine Situation vor dem Hintergrund von gesellschaftlichen Widersprüchen, die sich explosiv zuspitzen. Es erstaunt uns nicht, dass reaktionäre Antworten auf diese Krise entstehen und geduldet oder gar gefördert werden. Es sind reaktionäre Antworten, die den Kapitalismus nicht fundamental in Frage stellen, sondern die das Funktionieren des Kapitalismus angesichts der Widersprüche durch autoritäre, brutale Formen stützen. Es ist eine objektive Situation, die gekennzeichnet ist von der Krise des Kapitalismus mit all seinen Facetten, in der auf subjektiver Seite reaktionäre Kräfte an Kraft gewinnen. Was sich in der Türkei

entwickelt wird Folgen auf internationaler Ebene haben. Es ist eine widerliche Form der kapitalistischen Machterhaltung, die imperialistische Kräfte genährt und gestützt haben.

Es ist wichtig, trotz Reaktion die eigene Seite nicht aus den Augen zu verlieren. Gerade in der Türkei / Kurdistan gibt es kämpfende Kräfte, die bereit sind, eine progressive Antwort auf die kapitalistische Krise zu geben. Wir wagen zu sagen, dass die Duldung / Förderung reaktionärer Entwicklungen in der Türkei / Kurdistan durch die imperialistischen Kräfte auch darauf zurückzuführen ist, dass eine reale gesellschaftliche Macht bereit steht, die das kapitalistische System in Frage stellen könnte und würde. Anders gesagt: Mit der AKP-Reaktion können sich die imperialistischen und kapitalistischen Grossmächte perspektivisch arrangieren. Mit der fortschrittlichen Bewegung, die einen eigenen und authentischen Weg geht, weniger. Der kapitalistischen Barbarei werden emanzipatorische Perspektiven entgegen gestellt. Es gilt an ihnen teilzunehmen, sie zu verteidigen, zu vertreten, zu stärken, voranzutreiben.

Für eine revolutionäre Perspektive!»

Ein Angriff auf Alleinerziehende

SOZIALHILFE Pünktlich zum neuen Jahr fand die zweite Etappe der SKOS-Revision statt; sie richtet sich vorwiegend gegen Frauen. Die SKOS-Revision ist ein Angriff auf Sozialhilfe-Beziehende und reiht sich ein in ein Sperrfeuer gegen die lohnabhängige Bevölkerung, sowohl materiell als auch ideologisch.

(az) In den Zeitungsnummern 77 und 80 haben wir bereits über die Sozialhilfe berichtet. Zwischen 2013 und 2015 ereignete sich eine eigentliche Schmutzkampagne gegen den vermeintlich «frechsten Sozialhilfebezüger der Schweiz», den mehrere bürgerliche Zeitungen in einer aargauischen Gemeinde verorteten. Die SKOS-Richtlinien seien zu grosszügig, monierten sie. Die SKOS-Richtlinien sind die Empfehlungen der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe. Jene setzt sich aus VertreterInnen von Gemeinden, Kantonen, vom Bund sowie von privaten Organisationen des Sozialbereichs zusammen. Diese Zusammensetzung gibt den Gemeinden «Empfehlungen» zur Höhe der Sozialhilfe und damit zum Lebensstandard jener Menschen, die aus verschiedenen Gründen ökonomisch nicht mehr verwertet werden können. Die ausgegebenen Richtlinien sind real seit jeher zu tief, um während längerer Perioden der schwachen wirtschaftlichen Konjunktur vielen Menschen ein halbwegs würdiges Leben zu garantieren. Konzipiert wurde die Sozialhilfe nämlich in einer Phase der Vollbeschäftigung, in der verhältnismässig wenige Menschen und oft nur vorübergehend auf diese Art der staatlichen Unterstützung angewiesen waren. Doch heute wird die SKOS von rechts angegriffen: Denn die Sozialhilfe sei zu grosszügig bemessen und erlaube den Menschen ein Leben auf der faulen Haut. Um den Druck auf die SKOS zu erhöhen, traten einige ländliche Gemeinden sogar aus dieser Konferenz aus; sie erklärten die SKOS-Ansätze als für sich nicht mehr bindend.

2016, erste Etappe der Revision

Angesichts des Umstandes, dass die staatlich-bürokratischen Mühlen für gewöhnlich langsam mahlen, ging es mit den SKOS-Revisionen vom Zeitpunkt der Schmutzkampagne an schnell voran. „Revision“ ist auch im Bereich der Sozialhilfe die euphemistische Umschreibung von «Verschärfung»; und von solchen wurde per 1. Januar 2016 eine ganze Reihe installiert, speziell auch gegen Junge und Grossfamilien. Einige Verschärfungen seien hier erwähnt:

- Jungen Erwachsenen (18-25 Jahre) wurde der Grundbedarf (für das tägliche Leben ohne Krankenkasse und Miete) gekürzt. Ausserdem wurden sie mit der Revision gezwungen, in einer Zweck-Wohngemeinschaft oder bei ihren Eltern zu wohnen, sofern „keine unüberbrückbaren Konflikte“ bestehen würden.
- Grossfamilien mit acht Personen erhielten bisher für den Grundbedarf CHF 402.00 pro Person. Ab dem 1. Januar 2016 wurde als Grundbedarf nur noch CHF 373.00 und damit CHF 12.00 pro Tag ausbezahlt.
- Personen, die trotz ausgewiesener Bereitschaft



Teil des revolutionären Block gegen Sozialabbau: September 2016

zum Erbringen von Eigenleistungen nicht im Stande waren, eine besondere Integrationsleistung zu erbringen, erhielten früher eine minimale Integrationszulage (MIZ) von CHF 100.00. Die MIZ wurde nun aufgehoben.

- Während früher bei Fehlverhalten maximal 15% des Grundbedarfes zum Leben gekürzt werden konnte, drohte nun neu eine Kürzung von maximal 30%. Diese Kürzung bezieht sich auf einen Grundbedarf, der eigentlich schon bei einer Auszahlung von 100% als Existenzminimum definiert ist.

Ab 1. Oktober 2016 trat dann eine gravierende Verschärfung in Kraft. Wer beim Beantragen von staatlichen Leistungen „unwahre oder unvollständige Angaben macht oder Tatsachen verschweigt“ wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder Geldstrafe bestraft; AusländerInnen droht die Ausschaffung und dies unabhängig von der Höhe der Strafe, die SchweizerInnen für das gleiche Delikt erhalten würden. Mit Blick auf die komplizierten amtlichen Dokumente ist diese Verschärfung mehr als nur eine Hürde, den erniedrigenden Gang zum Sozialamt im Zweifelsfall tatsächlich auf sich zu nehmen.

Die zweite Revision richtet sich gegen Alleinerziehende

Anfangs dieses Jahres ist nun die zweite Revision in Kraft getreten, dabei sind alleinerziehende Frauen besonders betroffen. Die Sozialämter erwarteten bis zum Dezember 2016 «die berufliche Integration» von Alleinerziehenden, wenn das jüngste Kind das dritte Lebensjahr vollendet hatte. Ab dem 1. Januar 2017 werden Alleinerziehende bereits zu Integrationsmassnahmen angehalten, wenn das Kind das erste Lebensjahr

vollendet hat. In manchen wenigen Fällen stellen diese Alleinerziehenden auch Männer dar. Trotzdem richtet sich diese Revision in ihrem Wesen gegen Frauen.

Diese Revision verheisst letztlich, dass Alleinerziehende in vielen Fällen gezwungen werden, ihre Kinder früh fremd zu betreuen, obwohl Krippenplätze fehlen. Und dies oft zu Gunsten von Beschäftigungsprogrammen, welche für die konkrete Arbeitssuche umstritten sind. Viele Betroffene sprechen von einem System, aus dem sie nicht mehr hinaus kommen. Politisch und ökonomisch ist das gewollt: Die Schweiz hat mit Hilfe des Sozialstaates einen neuen Niedriglohnsektor geschaffen, der die untersten Löhne generell unter Druck zu setzen vermag (vgl. Aufbau Nr. 77).

Sozialstaat als ideologische Disziplinierungslinie

In Zürich, Basel, Bern und St. Gallen haben sich Sozialarbeitende im Rahmen der KRISO (Kritische Soziale Arbeit, kriso.ch) gegen Verschärfungen im Sozialwesen organisiert. Und man könnte geneigt sein anzunehmen, dass der Sozialstaat eigentlich dann richtig benötigt würde, wenn aufgrund einer wirtschaftlichen Krise viele Menschen auf staatliche Leistungen angewiesen sind. Doch erstens ist der Sozialstaat nicht getrennt von der wirtschaftlichen Entwicklung und der Staatsverschuldung, der sogenannten «Sachzwänge» denkbar. Andererseits war der Sozialstaat schon immer auch ein Organ zur Kontrolle der Leute, zu ihrer Selektion in ökonomisch «Brauchbare» und «Unbrauchbare». Ideologisch wird mit den Verschärfungen gegen Sozialhilfebeziehende insbesondere die lohnabhängige Klasse als Gesamtes unter Druck gesetzt. Die Botschaft in der Krise lautet für alle mit und ohne Job: Wer nicht spurt, soll bluten.

Trump gegen TTIP und TISA?

FREIHANDEL Das Trade in Services Agreement (TISA) bleibt nach wie vor abstrakt und der Verhandlungsstand nebulös. Aber die Annahme, dass Privatisierungsabkommen wie TISA oder TTIP mit der Wahl von Donald Trump aus der Welt geschafft würden, wird sich nicht bewahrheiten. Widerstand bleibt notwendig.

(az) Donald Trump wurde in den vergangenen Monaten medial oft als „Freihandelsgegner“ betitelt, seine Wahl schien gar ein Fragezeichen über die Weiterführung der TISA-Verhandlungen zu setzen. Tatsächlich ist ihm aber nicht zuzutrauen, dass er sich gegen De-regulierungen stellen wird. Donald Trump ist ein Befürworter von Privatisierungen, diese sollen unter ihm nicht aus der Welt geschafft werden, sondern stärker im Sinne seiner Klientel ausfallen. Wenn sich Donald Trump gegen die bisherigen Verhandlungen stellt, dann heisst das nicht, dass er schärferen Formen abgeneigt ist. Auch die SVP beweist, dass sich eine neoliberale Wirtschaftspolitik und reaktionäre Abschottungsbestrebungen nicht im Wege stehen.

Doch bei allen Unklarheiten und fehlenden Informationen zu TISA: Vorangetrieben werden die Verhandlungen von konkreten Akteuren. Etwa von der US Coalition of Services Industries (CSI) in Washington, einer Lobbygruppe von US-Dienstleistungskonzernen, die auf Freihandel pochen. Zu dieser Lobbygruppe gehören Konzerne wie die Citigroup, Google, J.P. Morgan oder FedEx. Die EU-Handelsdirektion führt Gespräche mit Digital Europe, dem Branchenverband der Elektrounternehmen aus Europa, den USA und Japan. Sie zählt Siemens, Nokia oder Microsoft zu ihren Mitgliedern. Und auch das SECO (das Staatssekretariat für Wirtschaft verhandelt für die Schweiz) trifft sich seit 2013 regelmässig mit diversen Lobbygruppen.

Das letzte TISA-Ministertreffen in Genf ist anfangs Dezember 2016 aufgrund von Uneinigheiten zwischen den USA und der europäischen Union platzt. Es sind widersprüchliche und fragile Fronten zwischen den einzelnen Kapitalfraktionen. Ob TISA letztlich durchkommt, ist heute schwer absehbar.

Widerstand international und hier!

TISA als vordergründig abstrakte Verhandlung hätte aber durchaus negative Auswirkungen auf den

konkreten Arbeitsalltag im Bereich der öffentlichen Dienstleistungen. Es zeigt sich darin, dass der Kampf gegen Privatisierungen im Betrieb als auch auf der Strasse zwei Seiten der gleichen Medaille sind.

So ist auf mehrere Streiks im öffentlichen Verkehr zu verweisen, welche im Januar dieses Jahres stattgefunden haben: In London streikten die U-Bahn-Angestellten gegen Stellenabbau und legten zeitweise das Streckennetz lahm. Fast gleichzeitig streikten die Busfahrer in Hessen und in Schwerin für mehr Lohn. Es sind dies Arbeitskämpfe, die sich nicht zufällig im Sektor des öffentlichen Dienstes häuften und somit Orientierung geben.

Auf der Strasse fanden gegen TISA auch in der Schweiz schon Aktionen statt: Etwa anfangs Oktober 2016, als sich in Bern knapp 500 Personen lautstark und unbewilligt die Strasse genommen haben, um gegen TISA zu protestieren. Zwei Monate später fand in Genf eine grosse Demonstration statt, während in Zürich die Avenir Suisse angegriffen wurde. Weitere Mobilisierungen werden stattfinden; die Informationen dazu sind auf fighttisa.wordpress.com zu finden; die Privatisierungsakteure sind konkret, der Widerstand muss es auch sein.

Die Sonntagspredigt des Ueli Maurer

UNTERNEHMENSSTEUERREFORM III Die Schlacht ist geschlagen. Sie ist ein Lehrstück für die Turbulenzen, welche die unumkehrbare allgemeine Krise des Kapitals bei den Herrschenden auslöst.

(gpw) Nach dem Blick-Interview von Evelyne Widmer Schlumpf am 22.01.2017 ist in den Chefetagen der Schweiz AG die Panik ausgebrochen. «Alle Mann auf Deck» wurde für das angeschlagene /untergehende Schiff Unternehmenssteuerreform III (USR III) ausgerufen, das mit Steuergeschenken an die Multis und ihren Briefkastenfirmen in der Schweiz überladen worden war. Der seinerzeitige reaktionäre Chefhelfer der SVP und heutige Finanzdirektor Ueli Maurer wandelte sich zum Sonntagsprediger, der seine Schäflein unmittelbar vor der Tagesschau Hauptausgabe vor der Sünde eines Neins zur USR III warnen musste.

Nachdem der Pulverdampf der Schlacht verzogen ist, lohnt es sich auch für uns, die wir der Beschäftigungstherapie an Abstimmungssonntagen fernbleiben, eine genauere Analyse, worüber es da gegangen ist und weiterhin gehen wird.

Weltmeister im Einheimen ausländischer Mehrwerte

Die Schweizer Bourgeoisie hat es in den letzten 150 Jahren meisterhaft verstanden, anderswo produzierten Mehrwert für sich abzuschöpfen und an der gewaltsamen Ausplünderung der Kolonial- und Postkolonialmächte zu partizipieren, scheinbar ohne sich die Hände schmutzig zu machen. Die wichtigsten Instrumente dafür waren zu heiligen Kühen geworden: die Neutralität, der «Schutz der Privatsphäre», sprich des Privatbesitzes, das Bankgeheimnis und die Steueroase. Das hat die Konkurrenten auch immer wieder gestört – am Ausgang des zweiten Weltkrieges war die Schweizer Regierung wegen ihrer Protektion nationalsozialistischer Interessen von den westlichen Siegermächten vorübergehend geächtet worden. Im Kalten Krieg liess man die die Schweiz wegen ihres stramm westlichen Kurses gewähren, und der Lange Aufschwung reduzierte die Konkurrenz zwischen den internationalen Kapitalfraktionen. Letzteres änderte sich, seit die chronische und sich verschärfende Kapitalüberproduktionskrise zur verschärften Konkurrenz zwang. Mit dem Untergang der wichtigsten ehemals sozialistischen Länder entfiel die disziplinierende Wirkung des gemeinsamen Feindes und erweiterte den Raum des Kampfes der verschiedenen Kapitalistenverbände gegeneinander. Davon blieb auch die Schweiz nicht verschont. In den 1990er Jahren wurde das Verhalten der Schweizer Regierung und der Banken im Zweiten Weltkrieg zur Waffe im Konkurrenzkampf der Finanzplätze. Seit den 2000er Jahren wurde das Bankgeheimnis zum Angriffsziel und führte dazu, dass innert weniger Jahre ein heiliges Nationalsymbol zur Altlast mutierte. Und in den 2010er Jahren verschärfte sich der Kampf um die Standorte, bei dem die Schweizer Behörden unter anderem schamlose Steuerprivilegien zum Einsatz gebracht hatten und bringen.

Vom Präventivkrieg

Anfänglich entschloss sich die Regierung zu ei-



Der Geldstrom in die Schweiz wird nicht versiegen

ner Art Präventivkrieg. Mit der Unternehmenssteuerreform I, verabschiedet 1997, wurden Sondertarife für Holdinggesellschaften und ähnliche Konstrukte eingeführt, mit denen die Multis Profite ins Trockene bringen. Die Unternehmenssteuerreform II von 2007 war ein bunter Strauss von Steuergeschenken an Holdinggesellschaften, andere Unternehmen und private KapitalistInnen. In der Botschaft zur entsprechenden Volksabstimmung wurden die Mindereinnahmen für den Fiskus mit 80-90 Millionen Franken pro Jahr angegeben – eine gezielte Irreführung der StimmbürgerInnen, wie später das Bundesgericht in seinem Urteil vom 11. Dezember 2011 unmissverständlich festhielt. Die Kosten sind ungefähr zehn Mal so hoch. Die Annahme dieser Vorlage wird aber dadurch nicht tangiert – legal, illegal, scheissegal funktioniert auch für den bürgerlichen Staat.

... zum geordneten Rückzug

Die Unternehmenssteuerreform III hatte nun nichts mehr mit Präventiv-, sondern nur noch mit Rückzugsgefecht zu tun. Zunächst setzte die EU die Schweizer Regierung unter Druck, kantonale Steuerprivilegien für Holding-Gesellschaften und andere international mobile Kapitalverbände mit Auslandsbezug abzuschaffen. Sie verlangte für die ca. 24000 betroffenen Gesellschaften gleiche Steuersätze wie für inländische Unternehmen. Stärker wirkte der Druck der OECD, eine Pressure-Group der wichtigsten Metropolenländer, bei der die Schweiz Mitglied ist. Und was die Drohung der OECD mit schwarzen Listen bewirken kann, hat die Schweiz beim Bankgeheimnis durchexerziert: Die Stellung musste aufgegeben werden.

Die USR III bezweckte ursprünglich genau das: Einen geordneten Rückzug und den Bezug neuer Stellungen, um die mobilen Auslandunternehmungen dennoch in der Schweiz halten zu können. Als Kompensation für die verpönten Steuerprivilegien sollten weniger verpönte eingeführt werden: Steuerliche Begünstigung von Einnahmen aus Patenten und von Aufwendungen für Forschung und Entwicklung.

Der Bundesrat erarbeitete eine entsprechende Vorlage, die aber vom so genannten neuen bürgerlichen Schulterchluss im Nationalrat mit zusätzlichen Steuergeschenken aufgestockt wurde: Gesellschaften mit überschüssigem Eigenkapital können einen fiktiven Zins darauf von den Steuern abziehen, und die Dividenden von Grossaktionären sollen nicht zusätzlich besteuert werden, wie es zur Kompensation von Steuer ausfällen zwingend wäre.

Steuern sind Abzüge vom Mehrwert

Steuern müssen aus Mehrwert bezahlt werden; entweder direkt oder auf dem Umweg über höhere Löhne, wenn ArbeiterInnen für direkte und indirekte Steuern zahlungsfähig bleiben sollen. Die Krise drückt auf die Mehrwertproduktion und die Akkumulation des Mehrwerts, also auf den einzigen Zweck der kapitalistischen Produktion; der Konkurrenzdruck erzwingt eine Spirale immer niedrigerer Steuern. Deshalb «hat der Staat kein Geld», obschon krisenbedingt Milliarden an überschüssigem Geldkapital nicht «vernünftig» verwertet werden können. Das gehört zur fundamentalen Unvernunft der kapitalistischen Produktionsweise.

MERKE!

Wer nach zivilen Bullen Ausschau hält, um sich vor ihnen zu schützen, vergisst oft, dass sehr viele Frauen in zivil unterwegs sind. Das ist ein grosser Fehler. Pünktlich auf die 8. März Nummer veröffentlichen wir drei von ihnen.



Wer hätte diese Frau als Zivi erkannt, wäre sie nicht zusammen mit einer Zivi-Gruppe vor die Linse gelaufen?



Melanie Cross ist bekannt. Sie hat seit der Umstrukturierung der Stapo Zürich die Frontverantwortung. Man merke sich: Sie trägt sehr oft die gleiche Wollmütze.



Die Frau auf dem Fahrrad entfernt sich gerade von der Kapo-Einsatzleitung vor Ort, nachdem sie lange die Köpfe zusammen gesteckt hatten. Die Kapo-Einsatzleiter-Front waren in vielen Jahren am WEF in Davos mit ihrer Spezialeinheit Diamant unterwegs.

Schlaue Städte

SMART CITIES Digitalisierung ist in aller Munde. Wenn sich Digitalisierung mit Stadtentwicklung paart, entstehen sogenannte Smart Cities, also schlaue Städte.

(agj) Zürich, im Winter 2016-2017: Google eröffnet ihren neuen Europa-Hauptsitz an der Europaallee, während der Kioskbetreiber Valora bekanntgibt, dass er Kunden in seinen Läden mittels ihrer Mobiltelefone verfolgt. Setzt man diese Fragen in Verbindung mit Fragen der Stadtentwicklung und Digitalisierung, erscheint es klar, dass Zürich auf dem besten Wege ist, eine schlaue Stadt zu werden – eine Smart City.

Doch was bedeutet das? Die Entwicklung zu einer Smart City läuft in der Regel schrittweise. Kontinuierlich werden Sensoren und Rechner in Geräte und die Umwelt eingebaut, sie werden untereinander und mit dem Internet vernetzt. Wie mit einzelnen Bauklötzen setzt sich das grosse Bild langsam zusammen, zum Beispiel in Form eines Parkhauses, das mit automatisierter Beleuchtung dabei hilft, freie Parkplätze zu finden, Strassenlaternen, die nur dann leuchten, wenn jemand vorbeiläuft oder Abfallentsorgungskonzepten, die mittels Sensoren, die in Abfalleimern eingesetzt sind, stets wissen, wo was zu räumen ist.

Es ist ein fortlaufender Prozess, in dem immer mehr digital erfasst und zentral gesteuert wird. Diese Entwicklung verändert nicht nur unsere Arbeits- und Lebensverhältnisse, sondern auch den Raum, in dem wir aktiv sind. Ein Beispiel, um aufzuzeigen, was künftig möglich sein könnte: Firmen wie McKinsey beraten Detailhändler heute dabei, wie sie ihre Läden mit der Digitalisierung umbauen könnten. Ihre Konzepte beinhalten den Vorschlag, dass Leute, die in einen Laden kommen, biometrisch gescannt und individualisiert begrüsst werden. Eine Art Roboter fährt den Kunden hinterher, jedes Produkt, das in den Einkaufswagen gelegt wird, wird direkt erfasst und zur Rechnung hinzugefügt. Dabei wird gleichzeitig die Inventur erledigt, so dass Roboter mit der Spezialisierung «Regale-Füllen» dafür sorgen, dass es nirgends an Nachschub mangelt. Eine Kasse braucht's nicht mehr, schliesslich weiss das Geschäft, wer man ist (die Erfassung am Eingang) und was man kaufte (die Erfassung am Einkaufswagen), die Abrechnung erfolgt digital.

Diese Perspektive wirkt schon nur dann beunruhigend, wenn man sie im Rahmen eines einzelnen Ladens

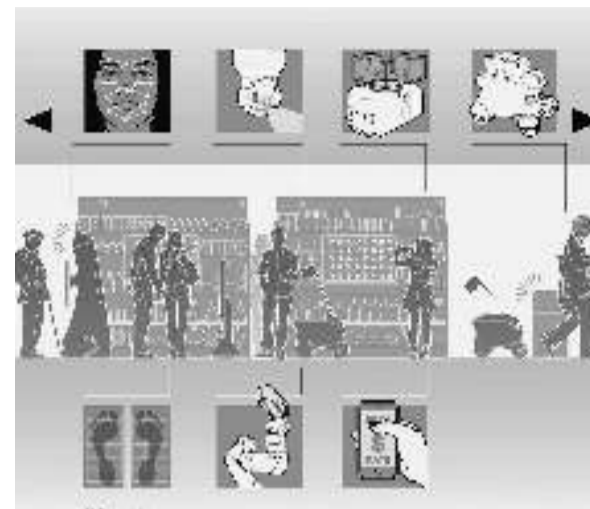
denkt. Smart Cities denken aber grösser, in Massstäben von Städten eben. Man überlege sich also, was es hiesse, wenn sich solche Formen der Erfassung von Personen und ihren Handlungen nicht nur auf private Räume beschränken würden, sondern sich im öffentlichen Raum ausbreiten würden.

Diese Perspektive ist nicht so abwegig. In Zürich hat die Stadtverwaltung offiziell ein Smart City Projekt lanciert. Eine ihrer Initiativen ist der Hackathon «Make Zürich», an dem verschiedene Ämter TeilnehmerInnen dazu einlud, Problemstellungen, die in sie formulierten, mittels digitaler Anwendungen zu beantworten. Später soll ein «Kickstart Accelerator» stattfinden, welches ein Startup-Förderprogramm von digitalswitzerland ist (die Nachfolgeorganisation von Digital Zürich 2025). Dreissig Startups sollen im Herbst während elf Wochen an verschiedenen Ideen zu schlaue Städten arbeiten, ihnen winkt später die Unterstützung durch grosse, etablierte Unternehmen aus der IT-Branche sowie ein Preisgeld.

Das Konzept hinter beiden Veranstaltungen ist das gleiche: Man aktiviert die Leute, die gerne an digitalen Anwendungen rumbasteln, lässt sie in eine bestimmte Richtung entwickeln und versucht dann dort abzusahnen, wo sich abzeichnet, dass eine Idee erfolgreich sein könnte. So wird heute kollektiv Neues geschaffen, während Gewinne privat angeeignet werden.

Akteure im «Smart City Game»

Wir haben es mit mindestens drei Akteuren zu tun, die wir kurz schematisch darstellen wollen: Die Community, die Städte und die Unternehmen. Sie alle haben untereinander mitunter widersprüchliche Interessen und sind natürlich in sich auch nicht völlig homogen, aber sie stehen in gegenseitiger Abhängigkeit zueinander. Die Community bildet das Talentpool für die Digitalisierung. ForscherInnen und TüftlerInnen treffen auf Selbstständige im digitalen Business, wobei oftmals eine gehörige Portion Selbstausbeutung dazugehört. Aus den hier entwickelten Ideen entstehen Startups, die danach in den meisten Fällen von grösseren Firmen übernommen werden, sofern sie sich in irgendeiner Form als erfolgsversprechend erweisen. Die Städte sind um eine gute Standortpolitik bemüht, sie wissen, dass solche Communities für Grossunternehmen attraktiv sind, die wiederum hohe Steuereinnahmen versprechen, und kümmern sich entsprechend darum, Rahmenbedingungen zu schaffen, die für Startups wie für Grosskonzerne günstig sind. Den Unternehmen geht's schliess-



Die Zukunft der Automatisierung von Einkaufsläden

lich primär um den Profit. Mottos wie «Tue nichts Böses» (offizielles Motto von Google) werden schnell zweitrangig, wenn der Gewinn gesteigert werden kann.

Ein Beispiel für diese Vermischung von Akteuren gibt es aus New York. Sidewalklabs, eine Tochterfirma von Google, baute dort rund 7000 alte Telefonkabinen um, um sie als WiFi-Spots einzusetzen. Natürlich förderte die Stadt das, weil sich erleichterter Zugang zum Internet wahltaktisch gut verkaufen lässt. Was sympathisch wirkt, hatte natürlich einen anderen Hintergrund. Google nutzte die erhobenen Daten, um ihre Werbealgorithmen weiter zu justieren, damit die richtigen potentiellen KonsumentInnen mit den richtigen Inhalten zum richtigen Zeitpunkt bombardiert werden können. Sie gingen danach noch einen Schritt weiter und boten die von ihnen erhobenen Daten wiederum der Stadt an, damit sie diese für urbane Probleme wie die Verkehrsplanung nutzen könnte.

Diese Beispiele zeigen, dass die Digitalisierung potenziell gehörig Zündstoff birgt. Es sind Entwicklungen, die man verfolgen sollte, schliesslich könnten die Folgen weitreichend sein. Zugleich muss man das Gerede von «Big Data», «Smart Cities» oder «Industrie 4.0» nicht überbewerten. Technologische Neuerungen gehören zur Produktivkraftentwicklung wie das Ei zum Huhn, es sind keine völlig neuen Vorgänge. Entsprechend ist es unabdingbar, sich nicht von den Erscheinungen blenden zu lassen, sondern die Ursachen und Akteure dahinter zu identifizieren.

Zwischen Volkskrieg und Verhandlungen

PHILIPPINEN Die Verhandlungen auf den Philippinen zwischen der Regierung und den kommunistischen Guerillas sind gescheitert. Was waren Gründe, Erwartungen und der Charakter der laufenden Verhandlungen aus der Sicht der philippinischen KommunistInnen?

(gpw) Kurz vor Redaktionsschluss dieser Ausgabe geschah, was sich in den letzten Wochen schon angekündigt hatte. Der Waffenstillstand zwischen der Armee unter Duterte und den Guerillas der New Peoples Army (NPA) wurde aufgekündigt. Allerdings nicht durch die NPA, die mit diesem Schritt aufgrund von sich häufenden Verletzungen des Waffenstillstandes durch die Armee schon länger gedroht hatte, sondern durch Duterte. Dieser erklärte neben dem Waffenstillstand auch die Verhandlungen zwischen dem philippinischen Staat und der Kommunistischen Partei der Philippinen (CPP), welche die Führung über die NPA hat, für beendet. Es scheint damit obsolet, sich nochmals zu den geführten Verhandlungen zu äussern. Allerdings liessen die Verhandlungen viele Beobachter aus der revolutionären Linken etwas ratlos zurück. Daher denken wir, dass es durchaus sinnvoll ist, die strategischen Überlegungen der CPP und die Konzepte die dahinter stehen zu thematisieren.

Die Neudemokratische Revolution

Die CPP und mit ihr die NPA stehen in der Tradition des Maoismus. Dieser lehrt, dass es darauf ankommt, in jeder historischen Etappe den Hauptwiderspruch zu bestimmen, an dem sich die revolutionäre Bewegung ausrichtet. Mao bezeichnete das vorrevolutionäre China als ein halbkoloniales und halbfeudales Land und richtete die Strategie in dieser Etappe entsprechend nach dieser Analyse aus. Die CPP sieht die Philippi-



Wie der Fisch im Wasser – Die NPA und die Volksmassen

nen heute ebenfalls als ein solches halbkoloniales und halbfeudales Land. Grund dafür ist, dass das Land keine eigenständige wirtschaftliche Entwicklung machen konnte, sondern weitestgehend von ausländischem Kapital, insbesondere aus den USA, abhängig ist und kontrolliert wird. Eine solche Abhängigkeit zementiert die Unterentwicklung der Philippinen, während die Profite,

die durch die billige Arbeitskraft erzielt werden, häufig ins Ausland abfliessen. Während sich in den Städten ein Kapitalismus unter imperialistischer Kontrolle etabliert hat, finden sich in den ländlichen Gebieten jedoch immer noch Strukturen, die Mao als halbfeudal bezeichnet hat.

Fortsetzung auf Seite 13

Aufgerieben zwischen Auf- und Abwertung

LANGSTRASSE Die sogenannten «Gammelhäuser» an der Neufrankengasse 6/14 wurden geräumt. Damit schliesst die Stadt Zürich eine weitere Säuberungs-Etappe des Langstrassenquartiers ab. Wir haben mit einem Anwohner über die Geschichte dieses Teils der Stadtentwicklung gesprochen.

(az) Seit der Razzia im Herbst 2015 standen die zwei Häuser an der Neufrankengasse 6/14 im medialen Brennpunkt: Desolate hygienische und infrastrukturelle Bedingungen, horrenden Mietpreisen und die Ballung von Drogenumschlagsplatz und Sexarbeit. Mittlerweile wurde gegen den Besitzer Peter Sander Anzeige wegen Mietwuchers erstattet. Auf Ende Jahr wurden die Häuser nun geschlossen und verbarrikiert. Wir haben mit Mario, einem ehemaligen Nachbarn der von den Medien als «Gammelhäuser» betitelten Liegenschaft, über die Geschichte dieses neuralgischen Teils des Langstrassenquartiers gesprochen, in der sich Sander, die SBB, das Milieu, die Stadtplaner und die Polizei gegenseitig in die Hände spielen.

Hass auf die SBB

Die heutige Situation hat sich schon vor gut 20 Jahren abgezeichnet als die SBB ihre Liegenschaft an der Neufrankengasse 10 für die Gleiserweiterung abreißen wollten. Die 12 Familien – alles MigrantInnen – sollten mit einer einmaligen Zahlung von je 30'000 CHF dazu bewogen werden, das Feld freiwillig zu räumen. Dies scheiterte am starken Zusammenhalt der BewohnerInnen, die das «Angebot» kollektiv abgelehnt haben. Die SBB liessen daraufhin das ganze Gebäude samt Fundament verschieben. Später setzte sich die SBB aber doch durch. Sie versprach den Familien alternative Wohnungen, schmiss sie alle raus und hielt dann das Versprechen nicht. Auch Mario wohnte seine ganze Kindheit und Jugend in diesem Haus. Heute wohnt er am Stadtrand und muss die Wohnung seiner Eltern mitfinanzieren. So resümiert er: «die SBB geben nichts auf Menschen, sondern wollen nur ihren Profit durchsetzen». Heute werden im Haus Luxuswohnungen für 3'000 CHF an ArchitektInnen-WGs vermietet. Der Hass auf die SBB ist gross: «Wenn ihr mal eine Demo oder eine richtige Aktion gegen die SBB oder gegen die Lagerstrasse organisiert, bin ich dabei».

Illegales Geschäft outgesourct

Aber Immobilienspekulanten schlugen im Langstrassenquartier nicht aus reichen ZuzügerInnen Rendite, sondern auch aus dem Elend. Anfangs der 2000er Jahre, wurden nämlich die Häuser an der Neufrankengasse 6/14 an Sander verkauft. Mario erinnert sich, dass Sander die zwei Blöcke damals jedoch für etwa 8 Millionen erworben hatte – heute bietet die Stadt für die Häuser 26 Millionen. Mit Sander änderte sich die BewohnerInnenenschaft stark. Er machte aus allen Drei- und Vierzimmer-Wohnungen Einzimmerparzellen. «Sander holt damit aus diesen Häusern viermal so viel rein wie zuvor», so Mario. Für 14 Quadratmeter verlangte er 1'200 CHF. Maximale Verwertung also. Schon immer war Mario erstaunt, dass das Ganze von der Stadt ge-



duldet wurde. «Es muss doch auffallen, dass so viele Leute gar nicht in den Häusern wohnen können, wie Mietverträge mit dem Sozialamt abgeschlossen wurden». Sogar die Autogaragen wurden zu «Wohnungen» umfunktioniert und vermietet. Wie ein Meister bewegte sich Sander dabei für die maximale Profitmache im legalen Rahmen. Für Mario ein typischer Ausdruck für die Schweiz: «Hier agiert die Mafia so: Sie hat Kapital, ein Blatt Papier und einen Kugelschreiber». Abgezockt wird per Vertrag.

Und doch mischte sich der legale mit dem illegalen Bereich. Die so genannten Gammelhäuser haben auch ausserhalb der offiziellen Buchhaltung Geld abgeworfen. So wurde bei Sanders Hausdurchsuchung Bargeld von 1.5 Millionen CHF gefunden. Sander hat bewusst auf eine MieterInnenenschaft gesetzt, die sich nicht wehren kann. Und um die explosive Mischung dort unter Kontrolle zu bringen, hatte er von Beginn an zwei Abwarte angestellt. «Diese mussten sich am Anfang in harten Kämpfen durchsetzen und zeigen wer der Stärkere ist», so Mario. Mit ihnen hat sich innerhalb der Häuser aber auch ein zweiter Markt herausgebildet: 5000 bis 6000 CHF pro Tag wurden über die Vermietung zusätzlicher Zimmer und von Meldeadressen, über den Anbau von Gras und natürlich durch Dealen umgesetzt. In die Taschen der Abwarte ist dabei sehr viel Geld geflossen. Und diese wiederum haben Gelder im Wert von 150'000 CHF nicht an Sander weitergeleitet. Es wurde viel gemunkelt, weshalb Sander dies zulies. «Er war damals mit seiner Scheidung beschäftigt. Aber am wahrscheinlichsten ist, dass Sander die Abwarte als Bauernopfer brauchte», vermutet Mario. Sander überliess ihnen den illegalen Bereich, damit seine Hände sauber blieben. Und tatsächlich – einer der beiden Abwarte wurde für lange Zeit in U-Haft gesetzt.

Zwischen Auf- und Abwertung

Für Mario und die BewohnerInnen der Neufrankengasse 10 war diese Entwicklung fatal. Zum einen stieg der Druck durch die SBB. Zum anderen wurde

ihre direkte Wohnumgebung abgewertet. «Weisst du, man kommt in eine komische Rolle. Man schätzt plötzlich Ruhe und Ordnung, weil man einfach nicht so leben kann, wenn im Nebenhaus nur noch alles abfuckt». Das Verhältnis zu den BewohnerInnen der «Gammelhäuser» war ambivalent. Mario empfindet Mitleid und kritisiert, dass diese von der Stadt praktisch aufgegeben wurden. Auch hätten sie von der Neufrankengasse 10 den Bedürftigen oft Sandwiches gemacht haben und versucht, deren Leid zu lindern. Gleichzeitig mussten die BewohnerInnen manchmal aber rabiat ihren Hof vor Leuten schützen, die dort konsumieren und dealen wollten. Für die Kinder war es keine haltbare Situation, dass Spritzen oder gar Schusswaffen im Hof lagen, die nach einer Schiesserei liegen geblieben waren. «Die Bereitschaft, den Bullen ab und zu einen Tipp zu geben, wenn gerade Pakete in unserem Hof versteckt wurden, steigt in dieser Situation», so Mario. Doch die Bullen hätten die Situation nie ernst genommen. Den Höhepunkt erreichte diese Entwicklung als die BewohnerInnen der Neufrankengasse 10 sich bewaffnet versammelten und das organisierte Milieu in einer Massenschlägerei aus dem Hof zurück drängten. «Ich muss sagen, das war einer der stärksten Momente, die ich erlebt habe, wenn man zusammensteht, sich verteidigt und die Situation selber regelt», reflektiert Mario. Kurz darauf wurde der Hof eingezäunt. Mario sieht hierin einen Unterschied zur Entwicklung im restlichen Quartier: «Bei uns sammelte sich gegen Ende wirklich alles, was keine Perspektive hat. Das war wirklich das Ghetto, das ist nicht zu vergleichen mit dem Rest des Quartiers. Da bist du froh, wenn jemand etwas nach Regeln und Ordnung schaut. Wir mussten uns schützen».

Sander muss weichen

Das aktuelle Ende der «Gammelhäuser» verweist darauf, welche Funktion Immobilienspekulanten wie Sander nach Mario für die Stadt haben. «Sander wurde die ganzen Jahre in Ruhe gelassen. Jeder wusste, dass sich die ganze Szene von der Langstrasse hierhin verlagert hatte». Der Stadt kam das gelegen. Sie konnte die sichtbare Drogenszene in diesen Häusern verstecken. «Dort war alles auf einem Haufen und die Abwarte hatten die Szene im Griff.» Aber dem übergeordneten Plan musste Sander nun weichen. «Die SBB macht ja nicht nur die Lagerstrasse kaputt. Ihre Pläne ziehen sich den Geleisen entlang bis nach Altstetten». Die SBB standen hier mit Sander schon lange auf Kriegsfuss. Beide wollten Profite. Die SBB und die Stadt wollten für Reiche bauen und Sander wollte die alten Häuser übersteuert an Arme vermieten. Letztlich waren erstere am längeren Hebel. Mit der Razzia 2015 war klar, dass die Stadt das Konzept Sander langsam aufgibt. Mario spekuliert hier in zwei Richtungen über den Zeitpunkt. Die Stadt könnte Sander mit der Razzia bestrafen haben, weil er die Langstrasse 104 umgebaut und dem Sexgewerbe dort neue Räumlichkeiten angeboten hat. Wahrscheinlicher ist aber, dass der Beginn der letzten Bau-Etappe der Europaallee nun direkt an der Langstrasse anstand. «Die Stadt wollte nicht, dass so ein Brennpunkt so nah am Prestige-Bau liegt». Wie dem auch sei, für Mario ist klar, dass beide – die Aufwerter wie die Profiteure des Elends – dem Lebensraum «Stadt» für Profit den Gar aus machen.

Fortsetzung von Seite 12

Das Land ist in den Händen von Grossgrundbesitzern konzentriert, während viele Bauern gezwungen sind, für ebendiese zu arbeiten, weil sie kein eigenes Land besitzen oder sich bei den Grossgrundbesitzern verschuldet haben. Entsprechend dieser Analyse ist der Hauptwiderspruch derjenige, zwischen den Volksmassen und der halbkolonialen, halbfeudalen Gesellschaft. Konkret bedeutet dies, dass der Hauptfeind die Grossgrundbesitzer, die imperialistische Bourgeoisie und der Teil der lokalen Bourgeoisie ist, der mit ihr zusammenarbeitet und von ihr profitiert. Die Revolution stützt sich in dieser Phase zur Hauptsache auf das Proletariat in den Städten und die armen Bauern auf dem Lande. Allerdings kann auch ein Teil der nationalen Bourgeoisie ein Verbündeter der Revolution werden, wenn auch ein per Definition unsicherer. Nämlich insoweit, als sie ebenfalls ein Interesse daran hat, sich von der Abhängigkeit der imperialistischen Bourgeoisie zu lösen.

Ein unsicherer Verbündeter

Für die CPP stellte sich nun mit dem Amtsantritt von Duterte die Frage, ob dieser ein potentieller Verbündeter aus dem Lager der nationalen Bourgeoisie für die aktuelle Etappe sein könnte. Dafür gab es durchaus Anzeichen. Duterte bezeichnete sich selbst stets als Linker und stellte sich von Beginn weg dem US-Imperialismus mit markigen Worten entgegen. Zu der kommunistischen Partei unterhielt er freundschaftliche

Beziehungen, insbesondere zum exilierten Autoren und Literaturprofessor José María Sison, eine wichtige Figur der CPP bei dem Duterte in seiner Jugend studierte. Zwischenzeitlich rief Duterte dazu auf, die revolutionäre Regierung in den befreiten Gebieten der Guerilla anzuerkennen und prahlte damit, dass „die Roten“ ihn im Falle eines Putschversuches verteidigen würden. Illusionen machte sich die CPP im Bezug zu Duterte jedoch nie. Sie wies vielmehr darauf hin, dass Duterte von Teilen der Bourgeoisie und des Militärs unterstützt wurde, sowie gute Beziehungen zu Teilen der Grossgrundbesitzer pflegt. Ob er sich gegen diesen Einfluss wirklich behaupten könne, war für die CPP eine offene Frage. Entsprechend umfangreich war der Forderungskatalog, welche die Partei dem Präsidenten in den Verhandlungen um einen Friedensschluss vorlegte. Freilassung der politischen Gefangenen, eine Landreform zur Verteilung des Landbesitzes, Verstaatlichungen in den Schlüsselindustrien, eine Abkehr vom US-Imperialismus, generelle Lohnerhöhungen oder Zugang zu kostenlosen Gesundheits- und Bildungseinrichtungen waren nur einige der Forderungen, mit denen die CPP die linke Rhetorik Dutertes auf den Prüfstand stellte. Nun zeigt sich offenbar, dass er dieser Prüfung nicht standhält.

Welche Verhandlungen?

Mindestens so wichtig wie der Inhalt der Verhandlungen selbst ist jedoch die Position aus der die CPP sie führte. So begann sie die Verhandlungen nicht notgedrungen aus einer Position der Schwäche. Die NPA

stärkte ihre Reihen und ihre militärische Macht in den vergangenen Jahren stetig. Sie besteht heute laut eigenen Angaben aus tausenden von bewaffneten Kämpfern die sich in 80 Prozent des Landes frei bewegen können. Dazu kommen zehntausende von Volksmilitzen in den von ihr kontrollierten Gebieten, sowie Massenorganisationen im ganzen Land und in der Emigration mit hunderten tausenden von Mitgliedern. Die NPA betonte dazu immer, dass es für sie unabhängig vom Ausgang der Verhandlungen keine Option sei, ihre Waffen abzugeben. Dementsprechend bedauerte die Partei in ihrem jüngsten Statement zwar den Abbruch der Verhandlungen, zeigte sich allerdings auch nicht allzu überrascht über die Schwierigkeiten mit einem «doppelzüngigen Gangster der nur seine eigenen Regeln anerkennt und sich als eine Art Scharlatan präsentiert ernsthafte Verhandlungen zu führen». Die Philippinischen Militärs zeigten sich dagegen jüngst besorgt, dass die NPA die Verhandlungen und den Waffenstillstand offenbar nicht ungenutzt vorbegehen liess, sondern in der Zeit über tausend neue Kämpfer rekrutiert habe. Entsprechend selbstbewusst schrieb die Genossen kürzlich: «Dutertes Erklärung eines offenen Krieges gegen uns ist leeres Gerede. Alle reaktionären Regime träumten in der Vergangenheit davon die NPA und den Volkskrieg zu besiegen. Alle sind gescheitert.»

Alle offiziellen Bekanntmachungen der Kommunistischen Partei der Philippinen können unter folgender Adresse nachgelesen werden: www.ndfp.org

Teil III: Den Klassenkampf nicht vergessen

PROLETARISCHE KULTURREVOLUTION

Die chinesische Kulturrevolution machte Folgendes klar: Im Sozialismus geht der Kampf der zwei Linien weiter – zwischen jenen, die den kapitalistischen Weg und jenen die den revolutionären Weg zum Kommunismus gehen wollen; der Klassenkampf muss von den organisierten und bewaffneten Massen weitergeführt werden; und, um die Klassengesellschaft tatsächlich zu überwinden, werden mehrere proletarische Kulturrevolutionen notwendig sein.

(agkkzh) Es war eine theoretische Debatte über Fragen der Erkenntnistheorie. Wir schreiben das Jahr 1964. Yang Xian-zhen ging davon aus, dass Dialektik eine Lehre sei, welche untersucht, wie sich «Gegensätze vereinigen» können. Diese These des Direktors der Höheren Parteischule des Zentralkomitees (ZK) der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) konnte nicht unwidersprochen bleiben. Yangs Begriff von Einheit der Gegensätze ist eine Sichtweise, die Gegensätze als statisch betrachtet, die sich nicht entwickeln und entfalten. Die Dialektik jedoch lehrt nicht das Verschleiern der Widersprüche, sondern dass Einheit auf einer Auseinandersetzung der Widersprüche beruht bevor sie sich wieder in Widersprüche auflöst.

Hinter dieser Debatte standen konkrete gesellschaftliche und politische Auseinandersetzungen und Kräfte, die sich exemplarisch in der Kampagne «Grosser Sprung nach vorne» 1959–62 ausdrückten. Es war der revolutionäre Versuch, Produktion und Bewusstsein, Revolution und wirtschaftliche Entwicklung in einer grossen Bewegung zusammenzufassen und nach vorne zu treiben. Schwere Naturkatastrophen, die totale Einstellung der sowjetischen Hilfe und unrealistische Zielsetzungen führten in der Folge zu wirtschaftlichen Rückschlägen und politischen «Kompromissen». Bürgerliche Denk- und Handlungsweisen nahmen wieder verstärkt Einfluss auf die Politik in allen gesellschaftlichen Bereichen: Erweiterung des freien Marktes; Freiheit der Einstellung von LohnarbeiterInnen; Freiheit des Landkaufs; Profit über alles; Verminderung der Hilfeleistung für die revolutionären Kämpfe der Völker usw. In einigen Gegenden gab es so etwas wie die Rückkehr eines «spontanen» Kapitalismus. Verschärfter Klassenkampf wurde zur Verteidigung des Sozialismus notwendig. Der Kampf zwischen der politischen Linie, die letztlich die Restauration des Kapitalismus zum Ziel hatte, und der proletarischen, revolutionären Linie, führten 1966 zur Proletarischen Kulturrevolution.

Die Kulturrevolution zu thematisieren heisst zugleich, ihr das Attribut Revolution abzustreiten, ihren politischen Charakter zu negieren – proletarische Revolution im Sozialismus? Sozialismuskritik quasi aus einem kommunistischen Blickwinkel heraus – durchaus eine verwegene Idee. Nicht ein Machtkampf von Personen und Cliquen, sondern zwischen denen, die den «kapitalistischen Weg» gehen – also noch keine KapitalistInnen sind, aber solche werden können, und dem revolutionären Proletariat. Wie richtig diese Sichtweise war, zeigt die Restauration des Kapitalismus in der Volksrepublik China mit aller Deutlichkeit auf.

Erster Faktor: Revolution in der Revolution

Die Grosse Proletarische Kulturrevolution (GPK) ist im Kontext der Besonderheiten der chinesischen Revolution seit den 1930er Jahren zu verstehen. Massenmobilisierungen durch Massenkampagnen waren fester Bestandteil der Politik der KPCh seit Mao sie führte (1935). Insbesondere aber seit der Proklamation der Volksrepublik 1949 wurden immer unter Ausnutzung spontaner Tendenzen in den Massen, eine Vielzahl grösserer und kleinerer Kampagnen durchgeführt. Beispielsweise die Kampagne «Lasst hundert Blumen blühen» 1957, die eine Aktivierung der politischen und ideologischen Diskussion im ganzen Volk beabsichtigte. Die Massenkampagnen waren politisch-organisatorische Mobilisierungen, die mit Unterstützung propagandistischer Leitlinien versuchten, revolutionären Elan und Dynamik zu entfachen, um in kurzer Zeit gesellschaftliche Strukturen zu verändern. Gleichzeitig wurde über Partei, Armee, Massenmedien, Betriebe und Schulen versucht, progressiv auf das Bewusstsein der Individuen einzuwirken. Die GPK unterscheidet sich von vorhergehenden und nachfolgenden Massenkampagnen durch die dramatische Verdichtung bewusstmässiger, ökonomischer und gesellschaftspolitischer Prozesse. Es gibt jedoch praktisch keine Prinzipien, die nicht schon in vorangegangenen Kampagnen geltend gemacht worden wären.

Zweiter Faktor: Massenlinie

Die Prinzipien der Massenlinie ergaben sich schlüss-



Ab 1968 wurden die Milizen wieder entwaffnet. Im Bild eine Agram-Produktionsbrigade bei militärischen Übungen, Kommune Ashihe.

sig aus dem Verständnis von Dialektik der chinesischen KommunistInnen. Darin wurden die Widersprüche immer als gesamtgesellschaftliche gesehen und daher die Bestimmung menschlicher Praxis, als Praxis der Massen.

Dabei bezieht sich der Begriff Masse auf die Menschen, die direkt in der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion oder in der Ausbildung dazu stehen, mit besonderer Beachtung derer, die körperliche Arbeit zu verrichten haben. Dass dabei die Bauern, die 80% der Bevölkerung stellten, der Hauptfaktor waren, entsprach den objektiven Bedingungen Chinas. Nicht zu den Massen gehörten eigentlich nur die Intellektuellen (wissenschaftliche Elite) und höhere politische Kader. Sie sind besonders der Gefahr ausgesetzt, sich Privilegien zuzulegen und sich von den Werktätigen zu entfernen, weshalb immer wieder Massnahmen ergriffen werden müssen, um diese gesellschaftlichen Gruppen mit den Massen in engen Kontakt zu bringen. Direkt bekämpft wurden durch die Massenlinie die Widersprüche, die sich aus der Arbeitsteilung ergeben: Die Unterschiede zwischen Land und Stadt, ArbeiterInnen und BäuerInnen, körperlicher und geistiger Arbeit sowie die sozialen Differenzen zwischen Frau und Mann. Die Förderung proletarischen Bewusstseins in den Massenkampagnen stand während der GPK deutlich im Vordergrund.

Dritter Faktor: Primat des Klassenkampfes

Ein ernsthafter Widerspruch aller sozialistischen Systeme bestand darin, dass der Sozialismus in äusserst ungünstigen objektiven Verhältnissen aufgebaut werden musste. Es zeigte sich allerdings, dass die UdSSR und die VR China sehr unterschiedlich mit der Interpretation des Klassenkampfes nach der Machteroberung umgingen.

Die proletarische Kulturrevolution war eine Antwort auf die Position, die Ende der 50er Jahre den Klassenkampf im Sozialismus schlicht negierte. Die sowjetischen Parteiführer waren der Ansicht, dass in der UdSSR keine Ausbeutung, keine Klassenherrschaft und keine Diktatur des Proletariats mehr bestehe. Die UdSSR sei vielmehr ein Volksstaat ohne Klassenkonflikte. Diese Behauptungen widersprachen der gesellschaftlichen Wirklichkeit in der UdSSR. Sie stehen auch im Gegensatz zu den Auffassungen Lenins in dieser Frage. «Die Aufhebung der Klassen ist das Werk eines langwierigen, schweren, hartnäckigen Klassenkampfes, der nach dem Sturz der Macht des Kapitals, nach der Zerstörung des bürgerlichen Staates, nach der Aufrichtung der Diktatur des Proletariats nicht verschwindet (wie sich das Flachköpfe vom alten Sozialismus und von der alten Sozialdemokratie einbilden), sondern nur seine Formen ändert und in vieler Hinsicht noch erbitterter wird.» (Lenin, in: Gruss an die ungarischen Arbeiter)

Anders die Position der chinesischen KommunistInnen: Ihrer Ansicht nach umfasst die sozialistische Gesellschaft eine ziemlich lange geschichtliche Periode. Diese ganze Geschichte hindurch existieren Klassen, Klassenwidersprüche und Klassenkämpfe, existiert der Kampf zwischen den beiden Wegen, Richtung Sozialismus bzw. Kommunismus oder des Kapitalismus,

Kulturrevolution

Von 1966–69 dauerte das Experiment der chinesischen Kulturrevolution. Um die Erkenntnisse daraus weiterwirken zu lassen, befassten wir uns in einer dreiteiligen Serie mit diesem bedeutenden historischen Ereignis. Im ersten Teil versuchten wir, die bürgerliche Geschichtsvermittlung zu demaskieren. Im zweiten Teil dokumentierten wir konkrete Beispiele der neuen Kultur und Produktionsweise, der neuen Politik und neuer Geschlechterverhältnisse. Im dritten Teil geht es um das Fortwirken und Verallgemeinern der Erkenntnisse aus der Grossen Proletarischen Kulturrevolution.

existiert die Gefahr einer Restauration des Kapitalismus, existiert die Bedrohung durch Umsturz und Aggression seitens des Imperialismus. Eine Einschätzung die präzise die Entwicklung in China antizipierte.

Aufgrund dieser Widerspruchslage schlugen die KommunistInnen die Weiterführung der Revolution vor. Grundlegend ist unter diesem Gesichtspunkt die Konzeption der ununterbrochenen Revolution, die eine Kontinuität des Klassenkampfes vor und nach der Machtergreifung herstellt. Die GPK war eine grosse politische Revolution, die das Proletariat und die Bauernschaft unter den Bedingungen des Sozialismus gegen die Bourgeoisie und alle anderen Ausbeuterklassen durchführte.

Die definitive Restauration

Nach dem «Januarsturm» 1967 und der Besetzung mehrerer Ministerien durch die RebellInnen setzte eine Gegenbewegung ein, die die Forderung nach dem Sturz der «Machthaber auf dem kapitalistischen Weg» innerhalb der Armee ablehnten. Der totale Zusammenbruch des gesamten Staats- und Armee-Apparates wurde befürchtet. Innerhalb der proletarischen Linie entstanden verschiedene Positionen: Die für die Kulturrevolution zuständige Gruppe im ZK distanzierte sich von verschiedenen revolutionären Gruppen, die zum Teil verhaftet wurden. Mit der Bildung von «Revolutionskomitees» als neue Machtorgane wurde das neue Kräfteverhältnis stabilisiert und die weiter nach vorne drängenden revolutionären Kräfte ausgeschaltet. Doch bis Mitte 1968 leisteten revolutionäre Gruppen wie z.B. der «Teufelische Märzwind» heftigen Widerstand gegen diese Entwicklung. Bis 1969 dauerte es, bis dieser Prozess im ganzen Land abgeschlossen war und die spontanen Massenbewegungen und Fraktionskämpfe unter Kontrolle waren.

Die Kontinuität des «Kampfes zwischen den zwei Linien» in der Partei selbst ermutigte die bourgeoisien Kräfte die Restauration der vor-kulturrevolutionären Verhältnisse voran zu treiben. Die rechten bürokratischen Machthaber, die ihre Stellungen verloren hatten, wurden rehabilitiert. Nur im Überbau, vor allem in der Kultur, konnte die revolutionäre Linke ihre Positionen bis Mitte der 1970er Jahre behaupten. Ziel der von Chiang Ch'ing und Yao Wen-yuan geführten Kampagne war es, Kader und Massen gegen das Abebben des revolutionären Schwungs zu mobilisieren. «Da macht man die sozialistische Revolution und weiss nicht, wo die Bourgeoisie ist. Sie sitzt im Herzen der Kommunistischen Partei!» (Zitat von Chang Ch'un-ch'iao.) Parallel dazu wurde zu einem verstärkten Studium der marxistischen Klassiker aufgerufen.

Am 6. Oktober 1976, nach langen Kämpfen in der Partei und nach dem Tode Mao Tse Tungs, organisierte Hua Guofeng (Maos Nachfolger) mit Hilfe der Sicherheitskräfte und der Militärschefs Nordchinas quasi einen Staatsstreich. Die vier Führungskräfte der revolutionären Linken, Chang Ch'un-ch'iao, Wang Hung-wen, Chiang Ch'ing und Yao Wen-yuan wurden verhaftet.

Wie konnte es zu dieser Verschiebung des Kräfteverhältnisses kommen? Der Kampf der «Linien», seien sie proletarisch oder bourgeois, konterrevolutionär oder revolutionär, war keine Metapher, sondern der politische Begriff realer Klassenkämpfe. Die Voraussetzungen einer Linie sind eine eigenständige Theorie, ein Programm und eine Organisation. Die bürgerlichen Kräfte um Teng Hsiao-p'ing hatten mit der Restauration des Kapitalismus diese Voraussetzungen und konnten den Linienkampf für sich entscheiden. Eine Schlacht war entschieden. Der Kampf geht weiter.

Chronologie der Ereignisse in China

1921	Gründung der Kommunistischen Partei; es folgen 22 Jahre Volkskrieg
1945	Sieg über den japanischen Imperialismus; es folgt der Bürgerkrieg zwischen der KPCh und der Kuomintang (bürgerlich nationalistische Bewegung)
1949	Sieg über die Kuomintang und Ausrufung der Volksrepublik China
1953	Debatten gegen die rechte Linie der KPCh; es bestehen freundschaftliche Beziehungen zur Sowjetunion
1958	Bewegung «Drei Rote Fahnen»: Volkskommunen, Grosser Sprung Vorwärts, Massenlinie
1959-62	Interne Debatten zwischen China und der SU über den Revisionismus; Erstarken der revisionistischen Kräfte auch in China und Rückschritte auf dem sozialistischen Weg
1962-64	Öffentliche Kritik Chinas am Revisionismus der KPdSU = Ende der Freundschaft
1963-65	Sozialistische Erziehungsbewegung als Gegenoffensive zum revisionistischen Vormarsch
1966-69	Grosse Proletarische Kulturrevolution = Mobilisierung der Massen zur Kritik und Absetzung revisionistischer Kader in Partei, Staatsorganen, Universitäten, Produktionsstätten, etc. und zur Übernahme der realen Macht in allen Bereichen

Wird in Frankreich zum ersten mal eine Frau Präsidentin?

FRANKREICH Im Frühjahr wird in Frankreich ein neuer Präsident gewählt. Es könnte zum ersten Mal eine Präsidentin sein, denn Marine Le Pen vom Front National hat reale Chancen zu gewinnen.

(az) Im April und Mai 2017 gehen in Frankreich Präsidentschaftswahlen über die Bühne. Das spielt sich so ab, dass in einem ersten Wahlgang viele KandidatInnen antreten und in einem zweiten nur noch die zwei Ausichtreichsten. Seriöse Forschungsinstitute geben sich nach der Wahl von Trump sehr zurückhaltend und sind verunsichert, was die Treffsicherheit ihrer Prognosen anbelangt. Sicher sind sie sich nur, dass der Front National (FN) im zweiten Wahlgang sein wird und die Sozialdemokratie (PS) nach Hollandes katastrophaler Regierungszeit nicht. Tatsächlich war Hollande mit grossspürigen Versprechen an die ArbeiterInnen angetreten und hat dann alle verraten, indem er die Arbeitsmarktreform (Loi de Travail) durchdrückte. Diese wurde jederzeit von mindestens 70% der Bevölkerung abgelehnt und führte auf der Strasse zu langanhaltenden Massenprotesten. Mit Benoît Hamon kandidiert nun zwar ein eher integrier Mann des linken Flügels für den PS, dennoch wird der PS wohl nur mangels Alternativen noch Stimmen erhalten, er ist völlig zu Recht im Offside.

Bis zum so genannten «Penelopegate» vermutete man eine Stichwahl zwischen der Führerin des Front National (FN) Marine Le Pen und dem katholisch-konservativen Republikaner François Fillon, die letzterer gewinnen würde. Denn das rechte katholisch-konservative Lager ist in Frankreich ähnlich stark wie der FN, aber weniger «oppositionell», gilt vielen als das kleinere Übel. Das Kalkül lautete, dass die grosse Mehrheit jener, die eigentlich weder Fillon noch Le Pen wählen möchten, Fillon wählen würden, um nicht Marine Le Pen zu wählen. Genauso wie Jacques Chirac 2002 gegen Marines Vater Jean-Marie Le Pen nur gewonnen hatte, weil er eben nicht Jean-Marie Le Pen war. Doch 2017 ist durchaus offen, wen die WählerInnen als das kleinere Übel betrachten werden. Einerseits ist das Klima in Europa allgemein reaktionärer geworden und die strenge Nationalistin des FN zu wählen weniger verfehlt als auch schon, andererseits hat sich der FN unter Marine Le Pen einen respektableren Anstrich verpasst und ist so «normalisiert». Drittens ist Fillon kein valabler Gegenkandidat mehr.

Schwarz-konservative gegen Frontisten

Zu dieser Wahl zwischen Pest und Cholera, um bildlich zu sprechen, wird es mutmasslich nicht mehr kommen. Ende Januar ist aufgrund eines Enthüllung-artikels in der linken Satire-Zeitung «Canard enchaîné» eine Strafuntersuchung gegen Fillon angelaufen. Er hat seine Frau als parlamentarische Mitarbeiterin beschäftigt – was legal ist – doch soll sie gar nicht gearbeitet haben – was daraus eine Straftat macht. Vetternwirtschaft, Korruption, Verschwendung von Staatsgeldern, keine Seltenheit bei den Konservativen. Aber Wasser auf die Mühlen des FN, denn der wettet genauso wie seine europäischen Schwesterparteien SVP, FPÖ oder AfD propagandistisch wertvoll gegen das korrupte Polit-Establishment. Das ist demagogisch und verlogen, denn wäre der FN an der Macht, er täte Gleiches. Aber es ist tatsächlich widerlich, dass einer wie Fillon, der dauernd über Staatsverschuldung klagt und deshalb Löhne und Sozialabzüge zusammenstreichen lassen will, der Ehefrau und auch seinen Kindern Staatsgelder in der Höhe von 1 Million Euro zusteckt.



François Hollandes Regierungszeit hat viel zum gegenwärtig düsteren Wahlspektakel beigetragen.

François Fillon müsste seine Kandidatur zurückziehen, was er aber nicht beabsichtigt, im Gegenteil. Er stilisiert sich und seine Frau zu Opfern, er sei «schockiert über die Verachtung und die Frauenfeindlichkeit» und weiter: «Weil sie meine Frau ist, soll sie nicht das Recht haben zu arbeiten?» Diese quasi-feministischen Allüren sind für einen Katholisch-Konservativen ein gro-



Marine Le Pen hat der Partei gegen innere Widersprüche einen respektablen Anstrich verpasst. Die gepflegtere Wortwahl macht die Partei aber nur kosmetisch besser.

ber Patzer. Es wäre seine Aufgabe gewesen, das grosse Lager jener, die um den Verlust der christlichen Werte bangen, von einer Wahl des FN abzuhalten. Entsprechend war Penelope Fillon öffentlich immer als brave Hausfrau aufgetreten, die zu Hause Kinder und Herd hütete. Es geht auch deshalb nicht, weil wer stockreaktionär ist, aber berufstätige, emanzipierte Frauen mag, tatsächlich mit Marine Le Pen besser bedient ist als mit Penelope Fillon.

Bedrohte christliche Werte und heilige Familie

Als Marine Le Pen die Partei 2011 ihres Vaters übernahm und den Alten rauswarf, entrümpelte sie den Nazi-Mief und bemühte sich, der Partei eine respektable Fassade zu verpassen. Sie tat das entschlossen, auch wenn dabei einige Mitglieder an rechte Splitterparteien verloren gingen. Doppelmithgliedschaften mit neofaschistischen Splittergruppen hat sie verboten, das Vokabular wurde gesäubert. Am auffälligsten war aber ihre Absage an die «Manifs pour Tous» – die reaktionäre Strassenbewegung gegen die gleichgeschlechtliche Ehe, die Tausende mobilisierte, insbesondere auch StammwählerInnen des FN.

Wie zentral Symbol-Politik für Reaktionäre ist, überrascht immer wieder. Während die gleichgeschlechtliche Ehe für die Heterosexuellen, die dagegen auf die Strasse gingen, in Tat und Wahrheit unter keinem Gesichtspunkt als relevant betrachtet werden kann, vermochte sie dennoch maximal zu mobilisieren. Marine Le Pen hatte die Zugkraft dieser Bewegung sicher unterschätzt, sonst hätte sie sich nicht so exponiert. Aber sie hat in dieser Frage nicht gewankt, da in ihrer Vision die Hauptaufgabe die Verteidigung gegen den Islam ist. Deshalb ist es ihr wohl sehr wichtig, nicht als homophob zu erscheinen, sondern als «westlich». Das hätte ihr im Kampf gegen Fillon durchaus das Genick brechen können.

Doch nun wird Fillon die Stichwahl wohl einem anderen Kandidaten überlassen müssen. Wer das sein wird, steht momentan in den Sternen. Am meisten Chancen wird dem neoliberalen Führer von «En Marche!» Emmanuel Macron zugestanden, aber die meisten gehen davon aus, dass der die Stichwahl nicht gewinnen kann. Das hiesse dann, dass Frankreich von einer Partei regiert würde, die eine faschistische Vergangenheit hat und von der unklar ist, was sie tun wird, sollte sie aus der Opposition in die Regierung gelangen.

Front National

Gegründet wurde die Partei Front National 1972 mit Hilfe der etablierten, faschistischen Partei Italiens MSI, deren Flamme der FN auch weiterhin als Symbol trägt. Vierzig Jahre lang führte sie Jean-Marie Le Pen – und nur er, andere duldet er nicht neben sich. Der FN war lange ein eher unbedeutendes Sammelbecken alter und neuer FaschistInnen sowie wirrer AntikommunistInnen, Algerienkämpfer und AbtreibungsgegnerInnen. Aufgrund des Erfolgs der xenophoben, schweizerischen Schwarzenbachinitiative, die zwar abgelehnt wurde, aber satte 46% Zustimmung erhielt, entschied der FN,

«Ausländerfeindschaft» sei erfolgsversprechend und setzte forthin darauf. Als 1981 François Mitterrand (PS) gewählt wurde und der mit der KPF ein Bündnis einging, breitete sich in Frankreich eine völlig absurde, doch spürbare antikommunistische Hysterie aus, die den FN beflügelte. Auf lokaler Ebene hatte der FN in dieser Phase des Kalten Krieges erste Wahlerfolge. Dass die Rechte begann, auf der Strasse zu demonstrieren, geht auch auf diese Zeit zurück.

Das wirtschaftliche Programm des FN war unausgegoren und ist es bis heute. In den 80er Jahren nannte Jean-Marie Le Pen Ronald Reagan als sein Vorbild, was als klares Bekenntnis zum Neoliberalismus gewertet werden kann. Die Kehrtwende zu national-«sozialistischen» Anliegen kam mit dem Untergang der Sowjetunion und dem erklärten Ziel des FN, die französische Arbeiterschaft anzusprechen. Der Slogan hiess nun: «Nicht links, nicht rechts, sondern Front National.» Der FN brachte von da an von sozialistischer Seite abgeschriebene Wirtschaftsargumente – grosse Teile des heutigen Programms sind aus attac-Broschüren. Im Gegensatz zur attac will der FN aber die Forderungen nach sozialer Sicherheit ausschliesslich auf französische Staatsbürger anwenden, was beispielsweise dazu führt, dass er ein getrenntes Rentensystem für in- und ausländische Arbeitskräfte fordert. Ausserdem begann er, anti-amerikanisch und anti-wirtschaftsliberal zu agitieren und trat auch als Gegner des 1. Golfkriegs auf.

Eine längere Zeit geschah nicht viel, insbesondere Sarkozy war fähig, das reaktionäre Potential auf seiner Seite zu bündeln und der FN sank auf ein Rekordtief. Seit aber Marine Le Pen 2011 die Partei übernommen hat, ist diese konstant im Aufwind. Sie ist bestimmt die weniger faschistische Figur als ihr Vater, aber sie trägt seinen Namen und wird deshalb von den alten Faschisten des FN gestützt und hat die Freiheit, breitere Kreise anzusprechen. Programmatisch ist sie anpassungsfähig, man hört von ihr alles und dessen Gegenteil. In Frankreich spricht man deshalb von einer «Kamäleonartigkeit» ihres politischen Programms, je nach Publikum kann es liberal oder antiliberal ausfallen, manchmal spricht sie mehr vom Schutz der französischen Wirtschaft und andere Male mehr vom Schutz der ArbeiterInnen. Immer aber bleibt der Nationalismus und Vorrang der «Franzosen» der Hauptbezugspunkt, so wird ein Bild von unüberbrückbaren Interessensgegensätzen zwischen Aus- und Inländern gemalt, gepaart mit der Botschaft, Franzosen seien wertvoller.

Offensichtlich fahren reaktionäre Parteien, die es sozialdemagogisch gekonnt schaffen, unvereinbare Widersprüche in sich zu vereinen, momentan am besten. Dem FN ist es mit seinem «sozialistischen» Auftreten offenbar besser als vergleichbaren Parteien gelungen, die ArbeiterInnenklasse wirklich auf seine Seite zu bringen. Zumal jene, die sich selber links nennen, das Wort Klasse ja nicht mehr in den Mund nehmen und die ArbeiterInnen bei jeder Gelegenheit verraten haben. Darin wird es ihm der FN sicher gleich tun.

Der feministische Porno und die Rebellion untenrum

PORNO Die Kategorie des «hairy porn» zeigt, wie durch die Pornographie patriarchale Vorstellungen von Frau-Sein transportiert werden. Die Rolle des störenden Schamhaares ist dabei viel älter, als geläufig behauptet wird.

(*raw*) Sobald in der Pubertät untenrum die ersten Härchen zu spriessen beginnen, müssen diese wieder unsichtbar gemacht oder zumindest getrimmt werden. So zeigt beispielsweise die Palette an Produkten für die Haarentfernung und das Angebot an entsprechenden Dienstleistungen, wie verbreitet und geläufig die Entfernung der Körperhaare ist. Die Intimbehaarung gilt von jung bis alt als nichts Natürliches, was man sich nach Lust und Belieben weg machen kann. Entscheidet man sich als Frau gegen eine solche Normierung, erfährt man Reaktionen, die von Staunen bis Abneigung reichen – zumeist jedoch Ekel formulieren. Sich diese besonderen Körperhaare nicht zu entfernen, gilt heute als Akt der Rebellion. Unzählige Blogbeiträge und VICE-Artikel zeugen von Erfahrungen, welche Frauen machen, wenn sie die sonderlichen Körperhaare sich selbst überlassen. Das Wachsen der eigentlich natürlichen Körperhaare wird dabei als Herausforderung an das eigene Selbst zelebriert – was es aufgrund des herrschenden Rollen-drucks wohl tatsächlich ist. Die neue Idee, welche sich in den sozialen Medien schnell verbreitete, sich allerlei Schambehaarung zu färben, schliesst sich diesem Antrieb an, das eigentlich Sichtbare sichtbar tragen zu wollen und so eine Art Widerstand gegen weibliche Körperideale zu leisten.

Die Frage nach dem enthaarten Intimbereich und der Enthaarung anderer Körperstellen wie Achseln oder Beine geht mit herabsetzenden Markierungen des weiblichen Körpers einher: Das Natürliche, die eigentlichen Haare, gelten nicht nur als hässlich, sondern gar als unweiblich und nicht adäquat. Die nackte, enthaarte Haut entgegen, welche den Blick auf vieles freigibt, gilt als Standard für Feminines. Solche Erwartungen an den weiblichen Körper werden nicht nur in den sozialen Medien, in der Anpreisung von Konsumgütern und Dienstleistung zementiert, sondern auch in Kunst, Film und Photographie. Ebenso ist die Pornographie ein Ort, wo gesellschaftliche Ideale produziert und reproduziert werden. Dass die Gegenwart dem Schamhaar gesamtgesellschaftlich abschwört, zeigt sich daher gleichsam in der Pornoindustrie. Längst ist die Mehrheit aller Darstellerinnen (und neustens auch Darsteller) von Profi- und Amateurpornos untenrum quasi kahl. Als alternatives Subgenre etablierte sich demnach der hairy porn, welche dem Shaping untenrum abschwört und den «Wildwuchs» des Schamhaares feiert. Eine natürliche Tatsache, die weibliche Schambehaarung, erhält somit den Status als Fetisch: Das Natürliche wird als das Besondere hervorgehoben – eine Besonderheit, die nur eine Minderheit mag, was die Quantität an Filmen zeigt. Doch auch in den pornographischen Filmen anderer Kategorien ist es auffällig, dass behaarte AkteurInnen in starker Minderzahl auftreten.

Das «unweibliche» Körperhaar

Nun zeigt der Blick in die Geschichte, dass die Entfernung des Schamhaares von Frauen ein alter Hut ist. Schon seit dem 19. Jahrhundert wird der Kahlschlag untenrum als Ideal vorangetrieben, unter anderem in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung. In der Frage nach biologischen Ordnungen hatte das Haar, insbesondere das Schamhaar, eine besondere Stellung in den Naturwissenschaften. Die vornehmlich männlichen Forscher wie Charles Darwin etablierten die Körperbehaarung als wissenschaftliche Kategorie, um die biologische Klassierung von Lebewesen, unter anderem von verschiedenen Menschen-Typen, vorzunehmen. Ihre Arbeit war geprägt von Voyeurismus und einem invasiven Zugriff auf die Menschen, welche für die Untersuchungen meist in zooähnlichen Bedingungen gehalten wurden. In der Analyse der wissenschaftlichen Untersuchungen zeigt sich, dass gerade die Körperbehaarung ein wesentliches Merkmal darstellte, um Geschlechterkategorien zu schaffen. Im Unterschied zum Mann wurde die Frau durch ein Zuviel an Körperhaar als monströs, als anders statt normal, als unmenschlich rangiert. Die Natürlichkeit des weiblichen Körpers, im Gegensatz zum männlichen, wurde



als animalisch bewertet und somit den Schamhaaren schon früh ihre Berechtigung entzogen. Wer nicht als wild, monströs und tierisch gelten wollte, machte sich schön und rasierte sich. Die Körperbehaarung diente also einerseits dazu, die Frau als mangelhaft und somit als dem Mann unterlegen zu beschreiben. Gleichzeitig wurden die Frauen durch die negative Konnotation der Körperbehaarung nicht nur als unweiblich gewertet, sondern das Animalische an der Frau mit einem grossen Sexualtrieb in Verbindung gebracht. Dieses Paradox legitimierte, einmal mehr, den Zugriff des Mannes auf den Frauenkörper innerhalb der Gesellschaft. Solche Vorstellungen führten beispielsweise dazu, dass im späten 19. Jahrhundert in der Stadt Zürich SexarbeiterInnen vermehrt aufgrund ihrer biologischen Beschaffenheit polizeilich erfasst wurden. Hatte eine Frau viele Körperhaare, so sah man darin die Erklärung dafür, dass eine Frau überhaupt Sexarbeit betreiben kann. Die Haare der SexarbeiterInnen dienten dem Staat und der Polizei bei der Etablierung gesetzlicher Massnahmen dazu, eine Einschätzung über das Gefahrenpotential einer bestimmten Frau zu machen. Hatte eine Sexarbeiterin viele Körperhaare, besonders dunkle, so sah man sie eher als Wiederholungstäterin und als unverbesserlich an, da sie schliesslich irgendwie ihre immense Lust befriedigen musste.

PorNO?

Der enthaarte Körper ist ein wesentlicher Bestandteil des aktuellen Schönheitsideals, wobei sich die sexistisch geprägten Zuschreibungen schon seit geraumer Zeit über das Körperhaar abwickeln, wie oben gezeigt wurde. Frauen aufgrund ihrer Scham-, Achsel- und Beinbehaarung zu kategorisieren und zu reduzieren, hat offensichtlich eine lange Tradition. Aktuell reproduziert sich diese auf allen medialen Kanälen, insbesondere durch pornographisches Material. Die feministische Perspektive auf Pornographie ist zweiseitig. Einerseits existiert die Haltung, Pornos abzulehnen, gar zu verbieten, da sie sexistische und frauenfeindliche Inhalte transportieren und Rollen- und Körperbilder verzerren und unrealistisch darstellen. Dabei wird angenommen, dass pornographisches Material massiven Einfluss auf die Vorstellung von Sex und intimen Beziehungen, gerade von Heranwachsenden, hat. Dies mitunter, weil durch die Digitalisierung Pornos leicht zu konsumieren sind. Eine andere Position innerhalb des Feminismus versucht, statt Pornos zu verbieten, diese umzudeuten. Innerhalb einer Popularisierung des Feminismus boomen aktuell Projekte, welche versuchen, den Sexismus hinter der gängigen Pornoindustrie zu entlarven oder eigene, feministische Pornos zu produzieren. So ist es beispielsweise das Ziel der Plattform *make love not porn*, die gezeigten «Tatsachen» im Mainstream-Porn anhand von bereinigten Fakten richtig zu stellen. Gleichzeitig bietet die Plattform eine Vielzahl an Filmen, welche Menschen, die auch hinter dem Filmset Paare sind, beim Sex zeigen. So soll das Bewusstsein dafür geschärft werden, welche patriarchalen und sexistischen Implikationen, wie die An- oder Abwesenheit von Schamhaar, im gängigen Porno verbreitet werden. Die Neuerung feministischer Pornoproduktionen, wie beispielsweise diejenige der Produzentin Erika Lust, ist die Tatsache, dass die Frau nicht mehr länger das schöne Objekt der männlichen Handlungsstränge ist, sondern dass ihre Lust gleichsam derjenigen des Mannes ins Zentrum gestellt wird.

Von der Umdeutung zur Gegenmacht

Die Idee, durch anderen, besseren Porno einen Einfluss auf den gesellschaftlichen Umgang mit Sex auszuüben, geht davon aus, dass die Pornographie ein Spiegel menschlicher Bedürfnisse ist. Doch pornographische Filme und Bilder sind, wie sonstige Medien, nicht einfach Spiegel der Gesellschaft. Sie sind ein Ort, wo gesellschaftliche Normen produziert wie verbreitet werden, also ein Ort, wo ebenso gesellschaftliche Realität entsteht. So haben mediale Kanäle und Institutionen eine innergesellschaftliche Funktion. Diejenige des Pornos ist es unter anderem, das Patriarchat in seinen Vorstellungen von der Rolle von Frau und Mann zu reproduzieren und hierdurch zu legitimieren. Diese Legitimation vollzieht sich durch gewisse Narrative, wie beispielsweise durch dasjenige des Körperhaares der Frau, wie oben gezeigt wurde. Da jedoch die Geschlechterrollen nicht nur von transportierten Bildern abhängen, ist es wohl eine Illusion, durch besseren Porno Geschlechterrollen aufbrechen zu wollen. Andererseits kann man die Aneignung von medialen Mitteln, ob Radio, Zeitung oder Porno, genauso als Teil der Etablierung von Gegenmacht lesen. Schliesslich sind Medien nicht nur Ort der Konsumation, sondern auch der Bewusstseinsbildung. Manchen mag der Porno und die Schamfrisur dabei egal sein. Jedoch zeigen diese beispielhaft die sexistische Funktionsweise der menschlichen Zusammenhänge im Kapitalismus. Dass solche Themen kulturell und politisch Gehör finden, ist absolut begrüssenswert. Unsere Aufgabe als KämpferInnen für die Emanzipation der Geschlechter besteht darin, die Konfrontationslinien des Patriarchats zu verschärfen und die Leute, welche sich innerhalb eines populären Feminismus darum bemühen, jedes Detail unserer sexistischen Gesellschaft zu beleuchten, auf die Strasse zu bringen. Auf dass es gut und gern egal sein kann, was wer untenrum trägt!



LoRa 97.5 MHz

**Sonntag
18 bis 20 Uhr
Immer am ersten
Sonntag des Monats**

**Wiederholungen
jeweils
donnerstags
10 bis 12 Uhr**

Kritik und Anregungen an:
Rote Welle, Postfach 8663, 8036 Zürich

Verkaufsstellen Schweiz: Kasama, Militärstrasse 87a, 8004 Zürich / Aufbau-Vertrieb, Kanonengasse 35, 8004 Zürich / Atropa Buchhandlung, Kirchplatz 2, 8400 Winterthur / Buchhandlung am Helvetiaplatz, Stauffacherstrasse 60, 8026 Zürich 4 / Hirschmatt-Buchhandlung, Hirschmattstrasse 26, 6003 Luzern / Infoladen Romp, Steinenstrasse 17, 6000 Luzern / Buchhandlung Comedia, Katharinengasse 20, 9004 St. Gallen / Buchhandlung Waser, Rümelinplatz 17, 4001 Basel / Aufbau-Vertrieb, Bläsiring 86, 4007 Basel.

Verkaufsstellen Deutschland: Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 29357 Hamburg / Infocafé Gasparitsch, Rotenbergstrasse 125, 70190 Stuttgart / Infoladen im Linken Zentrum, Böblingerstr. 105D - 70199 Stuttgart-Heslach / Buchladen Le Sabot, Breite Str. 76, 53111 Bonn / Infobüro, c/o Bücherkiste, Schlehengasse 6, 90402 Nürnberg / Buchladen Georgi Dimitroff, Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt / Basis Buchhandlung, Adalbertstr. 41-43, 80799 München / Buchladen M99, Manteuffelstr. 99, 10999 Berlin / Buchhandlung O21, Oranienstr. 21, 10999 Berlin.